

Der Tabak-Verkäufer

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr 33

Sonntag, den 17. August

1913

Das Resultat.

Es hat wohl, soweit unsere Organisation in Frage kommt, noch keinen Verbandstag gegeben, der für das Gelingen der Tabakarbeiterfrage so wichtig war, wie der nunmehr beendete Verbandstag in Heidelberg. Lebhafter als je ist über das, was werden sollte oder nicht, vorher schon debattiert worden und mit Spannung richteten sich die Blicke der Mitglieeder auf die Heidelberger Tagung. Mehr als je war man aber auch davon überzeugt, daß für Kampfwende größere Aufwendungen gemacht werden mußten; die Verhältnisse zwingen eben dazu. Aber wir wollen hier auch gleich betonen, daß alle Delegierten, ob pro oder kontra der Vorstandsentscheidungen, sich schließlich bemüht haben, ernsthaft zu wirken. Ja man kann nicht einmal von Pro- und Kontra-Vorstandsentscheidungen reden, denn es handelte sich im Grunde genommen nur noch um Differenzen des Maßes des Zweckmäßigen und Notwendigen. Wo die Situation so ist, da muß man zu einer positiven Arbeit kommen und einen Weg finden, der für den Verband ein Aufstieg bedeutet.

Freilich sind nicht alle Erwartungen insofern voll und ganz erfüllt worden, als von der einen oder anderen Seite ein Nachgeben im Interesse der ganzen Sache doch am Ende als notwendig erschien. Der Vorstand und Ausschuß hat auf einen Teil seiner Vorschläge verzichten müssen, indem sie die Statutenberatungskommission in ihre Vorlage nicht aufnahm; aber auch die Forderungen mancher Mitglieder, wie sie in Anträgen zum Verbandstag zum Ausdruck kamen und durch die Delegierten vertreten wurden, konnten nicht immer Berücksichtigung finden. Manchmal hat man eine Mittellinie gefunden, mitunter ist aber ein in die Debatte hineingeworfenes Moment zu praktischer Gestaltung gekommen.

Wir können heute natürlich nicht alle Beschlüsse des Heidelberger Verbandstages besprechen, aber wenn wir an die wichtigsten derselben denken, so möchten wir ihnen doch einige Geleitmorte mit auf den Weg geben in der Hoffnung, daß wir außerdem noch Gelegenheit haben werden, in Einzelfragen unsere Meinung zu äußern. Schon jetzt möchten wir sagen, daß die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes alle Ursache haben, mit dem Gesamtergebnis des Heidelberger Verbandstages sehr zufrieden zu sein. Jetzt ist der Weg freigemacht, unsere Kämpfe auf breiterer Grundlage zu stellen und energischer als bisher an die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu denken. Jetzt dürfen wir hoffen, daß wir den Wünschen unserer Kollegen und Kolleginnen, der Verband solle ihnen eine starke Wehr und Waffe im wirtschaftlichen Leben sein, voll und ganz nachkommen können. Wie bitter ernst die Situation und wie notwendig der Kampf gerade für die Tabakarbeiter ist, brauchen wir jetzt nicht weiter auseinanderzusetzen.

Und das ist das Bedeutende des Heidelberger Verbandstages, daß sich die Delegierten einstimmig auf den Standpunkt gestellt haben, daß der Kampf weit, weit in den Vordergrund unseres organisatorischen Handelns zu stellen ist und demgemäß die reinen Unterstützungseinrichtungen zurückzutreten haben. Mag sein, daß hier und da Mitglieder die Beschlüsse am Ende mißbilligend kritisieren werden; auch unsere Unternehmer und ihre Organisationen dürften von unseren Heidelberger Beschlüssen nicht sehr befriedigt sein. Das sollte unseren Mitgliedern aber gerade zu denken geben und ihre Kritik verstummen machen. Alle sollten begreifen, daß jeder Beschluß des Verbandstages, der unsere Kampfposition stärkt, für uns von großer wirtschaftlicher Tragweite sein muß. Wenn wir nichts verdienen, nützen uns schließlich auch die Unterstützungen nichts mehr, zumal zu bedenken ist, daß wir eine Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit sind, daß wir uns aber nicht mehr gegenseitig unterstützen können, wenn unser Lohn so niedrig ist, daß wir nicht mehr zu helfen vermögen.

Einstimmig hat der Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung beschlossen. Damit ist eine neue Art der Unterstützung zur Einführung gelangt. Es soll, wie auch sonst, in Fällen der Arbeitslosigkeit und Krankheit, Unterstützung gezahlt werden, doch ist dafür je nach Dauer der Mitgliedschaft und nach der Klassenzugehörigkeit eine bestimmte Unterstützungssumme ausgesetzt, die in bestimmten Zeiträumen und Beiträgen erhoben werden kann; die gezahlten Unterstützungen müssen in einer Unterstützungsperiode gegeneinander aufgerechnet werden. Auch Jahrgeld, das Mitglieder erhalten, die den Ort wechseln, muß bei der Erwerbslosenunterstützung aufgerechnet werden, während der Verbandstag die sogenannte Umzugsunterstützung aufzurechnen abgelehnt hat. Eine Änderung ist auch insofern beschlossen, als jetzt erst nach

52 Wochen Mitgliedschaft und Beitragszahlung Unterstützung im Krankheitsfalle gezahlt wird.

Von verschiedenen Vorschlägen lagen Anträge vor, die Wartezeit bei Beginn des Unterstützungsfalles nicht über drei Tage hinaus festzusetzen; auch einige Delegierte traten dafür ein. Der Verbandstag beschloß die sieben tägige Wartezeit in der Voraussetzung, daß eine kürzere nicht zu der so notwendigen finanziellen Sanierung führe und zweifellos auch aus dem Grunde, um eine weitere Kürzung der Unterstützungsdauer und der Unterstützungssumme, die sich sonst nötig gemacht hätten, zu vermeiden. Auch wir sind der Meinung, daß es besser war, so zu verfahren, da zu Beginn der Erwerbslosigkeit die Mitglieder noch eher in der Lage sind, einige Tage auf die Unterstützung zu warten, als daß sie so viel früher aufhört; denn wenn der Verdienst der Tabakarbeiter auch gering ist, so ist es doch am schlimmsten mit ihrer Lage, wenn sie längere Zeit erwerbslos sind.

In Hamburg wurde das früher in unserem Verband gestandene Unterstützungsjahr aufgehoben und galt von da an das Mitgliedsjahr. Der Heidelberger Verbandstag hat eine andere Unterstützungsperiode geschaffen, und zwar die 78wöchige. Wer also innerhalb 78 Wochen die nach seiner Mitgliedsdauer und Klasse festgesetzte Unterstützung bezogen, kann erst wieder Unterstützung nach Ablauf weiterer 78 Wochen beziehen. Diese Einrichtung besteht, wie auch schon im Tabak-Arbeiter dargelegt, in mehreren Verbänden. Von fast allen Seiten wurde eine Beitragserhöhung zu vermeiden gewünscht. Der Verbandstag hat darauf Rücksicht genommen, da aber andererseits durch die übrigen Veränderungen die finanzielle Sicherung mit Rücksicht auf die Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter noch nicht gegeben war, mußte notwendig die Unterstützungsperiode als Ausgleich blickt werden. Im übrigen muß gesagt werden, daß es selbst dann, wenn der Verband eine reine Unterstützungskasse sein sollte, nicht möglich war, ohne erhebliche Einschränkungen der Leistungen zu bestehen.

Eins wollen wir noch erwähnen, was wir für einen wesentlichen Vorteil für unsern Verband halten. Der Verbandstag hat die Zahl der Klassen von 6 auf 3 herabgesetzt. Nach dem finanziellen Stand der bisherigen drei höchsten Klassen hätte, wenn diese Klassen sich rentieren sollen, eine ungeheure Beitragserhöhung gefordert werden müssen. Diese durchzusetzen, sie überhaupt nur zu fordern, hat wohl die Statutenberatungskommission für unmöglich gehalten und dürfte deshalb eine gänzliche Beseitigung vorschlagen für das Beste gehalten haben. Daß sie das Rechte getroffen hatte, bewies die einstimmige Annahme ihres Vorschlages. Es ist bei dieser Gelegenheit betont worden, daß die Beseitigung der drei höchsten Klassen dazu führen könne, örtliche Einrichtungen entstehen zu lassen, die einen gewissen Ausgleich schaffen, so daß der Verbandstag auch die Bestimmung aufhob, daß für örtliche Zwecke nur ein Sonderbeitrag von höchstens 20 % erhoben werden darf. So segensreich örtliche Kassen und Unterstützungseinrichtungen auch schon gewirkt haben mögen, so raten wir doch dringend zu der allergrößten Vorsicht. Wie die Verhältnisse in unserem Berufe heute liegen, muß auch bei solchen örtlichen Kassen eine ganz andere Rentabilitätsberechnung zu Grunde gelegt werden, als es bisher der Fall zu sein brauchte hinsichtlich Beitrag und Leistung. Eine solche örtliche Einrichtung ist bei ungenügender Fundierung in der Lage, die Aktionsfähigkeit der Mitglieder des betreffenden Dries event. vollständig niederzudrücken. Und wir wollen doch mehr als je freie Bahn zur Hebung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Also nochmals: Vorsicht!

Zu einer Reihe weiterer Beschlüsse des Heidelberger Verbandstages behalten wir uns eine Aeußerung vor. Zweifellos hat der 16. Verbandstag eine Arbeit geleistet, die sich ausdrücken wird und muß im Erfolg unserer kommenden Lohnbewegungen. Es war auffällig, daß die süddeutschen Delegierten den Standpunkt, die Unterstützungseinrichtungen müssen zurücktreten, am allerheftigsten zum Ausdruck brachten, daß sie zum Teil bereit waren, im Interesse des Kampfes um bessere Löhne die Beiträge wesentlich zu erhöhen. Sonst waren die Norddeutschen im Vordergrund, wenn es hieß, dem Verbande neue Wege zu weisen. Doch wir sind überzeugt, daß sich Nord und Süd, Ost und West zusammenfinden werden. Die Situation setzt das als selbstverständlich voraus, und die Zeit wird lehren, daß wir in Heidelberg ein städtisch Haus gebauet haben.

Soweit der eine oder andere Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist, darf es natürlich kein Schmolzen und Mörgeln geben. Das ist unter vernünftigen Menschen nicht üblich, und für uns Tabakarbeiter paßt das erst recht nicht gegenwärtig. Die Situation verstehen! Das ist es, das uns nicht nur den Weg vorzeichnet, sondern auch tatkräftig handeln läßt.

Auch wir haben noch einen Wunsch: Möge die Wirkung, die die Heidelberger Beschlüsse haben werden, recht bald eintreten! Es ist so dringend nötig für die Tabakarbeiter. Nicht kleinlich und zaghaft, wenn es gilt, den Augenblick auszunutzen! Drauf und dran! Kein anderes Lösungswort kann es für die Tabakarbeiter geben.

Die Tabakindustrie in dem Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Eine Anklage gegen die Heimarbeit.

Der Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1912 ist wieder, wie immer, reichlich spät erschienen. Spärlich und schematisch, wie immer, sind die Zusammenstellungen, dürftig ihre Angaben über die Tabakindustrie. Aber durch diese nur zögernd fließenden Auslagen, durch alles Drehen und Wenden läßt sich die Wahrheit doch nicht verbergen: es ist das alte Lied von Not und Elend der Tabakarbeiter, das wir da hören.

Die Lage der Arbeiterchaft im allgemeinen war im Berichtsjahre schlecht. Die Forderung der wichtigsten Lebensmittel, die die Lebenshaltung der Arbeiter heruntergedrückt, hat die Lebenshaltung der Arbeiter heruntergedrückt. Aber nur gezwungen geben das die Gewerbeinspektoren zu. Für die Kreishauptmannschaft Dresden wird darüber berichtet:

„Die Erwerbsverhältnisse der Arbeiterchaft sind infolge des guten, zum Teil flotten Geschäftsganges günstiger gewesen. Die Löhne haben vielfach eine Steigerung erfahren. — Wenn trotz der steigenden Löhne von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung gegenüber dem Vorjahre nicht gesprochen werden kann, so hat dies seinen Grund in der erheblichen Preissteigerung verschiedener Lebensmittel, besonders des Fleisches. Deshalb dürften Mehreinnahmen durch die hohen Lebensmittelpreise in der Hauptsache wieder aufgehoben sein, und da, wo Lohnerhöhungen nur in geringem Umfange stattfanden, haben sich die Arbeiter, ebenso wie andere Bevölkerungskreise, Einschränkungen auferlegen müssen.“

Das „Wenn“ und „Aber“, das „Dürfte“ und „Könnte“ dieses geschraubten Stils vermag die nackte Tatsache nicht zu vermindern, daß die Lage der Arbeiter genau so schlecht, wenn nicht schlechter ist wie im Vorjahre. Durch Drehen und Wenden soll hier der Eindruck erzielt werden, als ginge es den Arbeitern gut. „Die Erwerbsverhältnisse der Arbeiterchaft sind günstiger gewesen.“ Welchen andern Zweck kann die Voraussetzung eines solchen Satzes, eines Lobliedes auf die Lohnerhöhungen haben, als den der Vertuschung? Zumal wenige Zeilen später die gemündete Erklärung folgt, daß diese „günstigen Erwerbsverhältnisse“ in Wahrheit nicht günstig gewesen sind. Aber das kennzeichnet die deutsche Sozialpolitik: nicht genug, daß sie völlig unzulänglich ist, daß die Zahl der mit ihrer Durchführung beauftragten Organe viel zu gering ist, sucht man in den amtlichen Berichten die Wahrheit über die traurigen Verhältnisse der Arbeiter mit recht unwürdigen Mitteln zu vertuschen und zu beschönigen, weil man doch nicht schamlos genug ist, sie in ihr Gegenteil zu verkehren. Und doch fehlt es auch an Versuchen dazu nicht. „Das Einkommen eines großen Teils der Arbeiterchaft“, schreibt der Berichterstatter für die Kreishauptmannschaft Bautzen, „dürfte etwas höher gewesen sein als im Vorjahre und dadurch auch ihre wirtschaftliche Lage eine bessere.“

Die Tatsache jedoch läßt sich weder durch Vertuschen noch Ablenken aus der Welt schaffen, daß die Lage der Arbeiter eher schlechter als besser wird. Und in erhöhtem Maße trifft das auf die Tabakarbeiter zu. Nicht genug, daß sie, als eine der am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorien, unter der horrenden Preissteigerung am schwersten zu leiden haben, trifft sie als eine Folge des Rückgangs der Tabakindustrie ohnedem die Geißel der Arbeitslosigkeit. Schuld an diesem trägt die unsinnige Steuer- und Zollpolitik, die durch die wahnwitzigen Rüstungstreiber bedingt ist. „In der Zigarrenindustrie“, so wird aus der Kreishauptmannschaft Leipzig berichtet, „sind teilweise Arbeiterentlassungen wegen Mangels an Aufträgen eingetreten.“ Während im Jahre 1911 in Sachsen 514 Betriebe der Tabakindustrie mit 7843 Arbeitern gezählt wurden, waren es 1912 nur noch 506 Betriebe mit 7836 Arbeitern. Hand in Hand mit diesem absoluten Rückgang der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter geht aber nun eine Verschiebung unter den Kategorien dieser Arbeiter, eine Erhebung relativ teurer Arbeitskräfte durch billigere, von erwachsenen männlichen Ar-

leitern durch Frauen und Jugendliche. 1911 wurden beschäftigt: 3216 männliche Arbeiter, 4151 weibliche Arbeiter, 438 Jugendliche und 38 Kinder. 1912 dagegen: 3139 männliche Arbeiter, 4145 weibliche Arbeiter, 510 Jugendliche und 33 Kinder. Seht man die Zahl der männlichen Arbeiter im Jahre 1911 gleich 100, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen, die die Verschiebungen zwischen den Arbeiterkategorien veranschaulichen:

	1911	1912
Erwachsene männliche Arbeiter	100	97,6
Erwachsene weibliche Arbeiter	129,1	128,9
Jugendliche	13,6	16,1
Kinder	1,2	1,0

Die Revisionen der Gewerbeaufsichtsbeamten erstrecken sich nun auf 337 Betriebe, gleich 65,4 Prozent der revisionspflichtigen, mit 6822 Arbeitern, gleich 87,1 Prozent aller revisionspflichtigen. Das ist selbstverständlich ungenügend. Besonders erscheint es als Mangelstand, daß nur vorwiegend größere Betriebe revidiert wurden. Während die revidierten Betriebe durchschnittlich 20 Arbeiter hatten, waren in den nichtrevidierten durchschnittlich nur 6 beschäftigt. Und gerade in den kleineren und kleinsten Betrieben ist oft die Revision am nötigsten.

Nachdem am 20. Dezember 1911 das Hausarbeitsgesetz veröffentlicht worden war, richtete die Gewerbeaufsicht ihr Augenmerk auch auf die Heimarbeit. Nur distig ist, was sie hier zutage gebracht hat, aber das Wenige kommt einer furchtbaren Anlage gleich. Eine umfassende Enquete mußte, nach diesem Wenigen zu urteilen, erschreckende Ergebnisse ans Tageslicht bringen. Leicht begreiflich, daß man bisher von Seiten der Regierung eine derartige Enquete nicht gewagt hat.

In der Kreishauptmannschaft Dresden wurden insgesamt 24 022 weibliche und 2374 männliche Heimarbeiter gezählt, ein großer Teil davon ist, wie der Bericht angibt, in der Zigarettenindustrie beschäftigt. Im Bezirk Leipzig wurden 21 130 weibliche und 1835 männliche Heimarbeiter festgestellt. Aus Zwickau liegen noch keine Zahlen vor, doch sagt der Bericht: „Allen Anschein nach aber ist der Umfang der Heimarbeit erheblich größer als bisher angenommen wurde.“ Im Bezirk Annaberg wurden in der Zigarettenindustrie nur 32 Personen gezählt, doch setzt der Berichtsteller hinzu: „Anscheinend sind in manchen Orten nicht alle Heimarbeiter berücksichtigt worden.“ Und will scheinen, daß hier die meisten nicht erfaßt worden sind.

Die Heimarbeit ist die schlimmste Art der Ausbeutung, ein Krebsgeschwür der Tabakindustrie, der das kulturelle Niveau der Tabakarbeiter immer tiefer herunderdrückt. Frauen und Kinder werden hier ausgebeutet, mit Hungerlöhnen bezahlt. Ein beständiger Lohndruck ist die notwendige Folge der Heimarbeit. Und dieser beständige Lohndruck bewirkt seinerseits das Umsichgreifen der Heimarbeit. So wird die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter immer schlechter. Wahrscheinlich, das Wort von den „Armen der Armen“ ist der Ausdruck einer furchtbaren Realität, und gibt doch nur ein schwaches Bild von der Unsumme von Elend in der Tabakindustrie. Niedrige Löhne und hohe Preise zwingen hier die Arbeiterschaft gegen ihr eigenes Fleisch und Blut zu wüten. Frühzeitig werden Kinder zur Arbeit mit herangezogen, oft im zartesten Alter. „Säuglinge müssen Kinder mit tätig sein“, berichtet die Annaburger Aufsichtsbeamtin. Im Bezirk Leipzig wurden 94 Heimarbeiterwerkstätten der Tabakindustrie revidiert, in denen 97 Kinder beschäftigt waren. Dabei wurden Verstöße gegen das Gesetz in 47 Fällen festgestellt; 5mal wurden fremde Kinder unter 12 Jahren beschäftigt, 5mal war die Arbeitszeit zu lang, 5mal wurden die vorgeschriebenen Pausen nicht eingehalten, 4mal war die vorgeschriebene Anzeige nicht erfolgt, 12mal wurden Kinder ohne Arbeitskarte, 5mal eigene Kinder unter 10 Jahren beschäftigt. — Wieviel Betriebe mögen aber nicht revidiert, und wieviel Verstöße nicht zu Ohren der Aufsichtsbeamten gekommen sein! Fast 23 000 Heimarbeiter wurden in der Kreishauptmannschaft Leipzig beschäftigt, und nur 94 Werkstätten der Tabakindustrie revidiert. Warum hat man aus der Zahl der Heimarbeiter nicht die einzelnen Branchen ausgegliedert, warum hat man nicht vor allem Wert auf die Feststellung der Heimarbeit der Kinder gelegt, die doch vor allem schutzbedürftig sind? Im Hausarbeitsgesetz und Kinderschutzgesetz waren gesetzliche Handhaben dazu gegeben, wenn sie auch lange nicht hinreichten. Warum also hat man das nicht getan?

Und dabei werden die Verhältnisse immer schlimmer. Immer neue Arbeiterkinder müssen dem Ausbeutertum zugeführt werden, um dem Profitinteresse ihre Jugend zu opfern. Wohl wissen die Eltern, daß sie ihren Kindern schaden, aber sie müssen! „Die Kinderarbeit hat“, so lautet der Bericht aus der Kreishauptmannschaft Zwickau, „vermutlich infolge der bestehenden Teuerung sichtlich zugenommen, vor allem ist die Beschäftigung der Knaben in der Heimarbeit größer geworden. Und doch ist für die gute Abicht des Kinderschutzgesetzes unter der Bevölkerung jetzt ein größeres Verständnis zu bemerken als früher, wo die Beschäftigung der Kinder als althergebrachte Sitte und Regel oft für unumgänglich gehalten wurde; die durch übermäßige Beschäftigung für die Kinder entstehenden Gefahren werden neuerdings fast allenthalben anerkannt; aber sehr häufig zwingt die wirtschaftliche Lage die Eltern, ihre Kinder zum Mitverdienen heranzuziehen. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin erhält auf ihre Vorhaltungen oft die Antwort: Wir würden die Kinder sehr gerne nicht mitarbeiten lassen, wenn wir nur so viel verdienen, daß es nicht nötig wäre.“

Bericht an den Kongress

der National Women's Trade Union League of America in St. Louis 1913 über die Organisation der Arbeiterinnen in Deutschland.

II.

Weibliche Mitglieder sind außer in den freien Gewerkschaften auch in den übrigen Organisationen mit gewerkschaftlichem Charakter vorhanden, doch reichen ihre Mitgliederzahlen nicht an die der freien Gewerkschaften heran. Die bedeutendsten sowohl an Zahl wie auch an Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet sind neben den freien die christlichen Gewerkschaften.

Ihre Gründung fällt in eine erheblich spätere Zeit als die der freien Gewerkschaften und erfolgte zum erheblichen Teil nicht, um den christlichen Arbeiterinnen eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu schaffen, sondern um zu verhindern, daß sich auch die Arbeiter in den Gegenden, in denen die Kirche noch großen Einfluß besitzt, den freien Gewerkschaften anschließen. Gleichzeitig hoffte man durch die christlichen Gewerkschaften die politische Organisation der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, erfolgreich zu bekämpfen. Es ist bezeichnend und ein Beweis für diese Auffassung, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften sofort erfolgte, als die freien Gewerkschaften anfangs der neunziger Jahre Beweise dafür erbrachten, daß sie bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wichtiger Faktor sein können.

Die christlichen Gewerkschaften haben denn auch außer in Süddeutschland und den Rheinlanden kaum in anderen Gegenden festen Fuß fassen können.

Im Durchschnitt des Jahres 1911 zählten sie 27 152 weibliche Mitglieder in vierzehn Verbänden und zwar: Organisation der Württembergischen Eisenbahner 23, Gärtner 3, Graphischer Zentralverband 216, Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen 6999, Holzarbeiter 169, Keramarbeiter 84, Krankenpfleger 509, Lederarbeiter 459, Metallarbeiter 794, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 187, Schneider 266, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 504, Tabakarbeiter 3395, Textilarbeiter 13 544.

Nur der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen ist eine selbständige Arbeiterinnenorganisation. Die übrigen weiblichen Mitglieder gehören in ähnlicher Weise wie bei den freien Gewerkschaften den Berufsverbänden als Mitglieder an. Ursprünglich war auch für diese die Form besonderer Arbeiterinnenvereine gedacht, die aber unter männlicher Leitung standen, doch hat sich diese Organisationsform nicht bewährt.

Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen wird fast ausschließlich von außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Frauen geleitet. In diesem Jahre hielt der Gewerbeverein seine Generalversammlung ab, auf der die Verherrlichung von Mitgliedern des deutschen Kaiserhauses einen großen Teil der Zeit in Anspruch nahm. Die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer waren Ehrengäste, während sich die wenigen Arbeiterinnen als Delegierte mit einem kleinen Raum im Hintergrunde des Saales begnügen mußten. Von wirklicher Interessenvertretung der Arbeiterinnen im Gewerbeverein kann also nur sehr bedingt die Rede sein. Zwar beteiligt sich der Verein auch gelegentlich an Lohnbewegungen, doch tragen seine übrigen Leistungen an die Mitglieder mehr den Charakter der Wohltätigkeit als der durch Solidarität geschaffenen Selbsthilfe. Daß der Gewerbeverein sich größter Sympathie in Regierungskreisen erfreut, braucht wohl besonders nicht bewiesen zu werden.

Als christliche Gewerkschaften werden oftmals auch die Vereinigungen angesehen, die sich innerhalb der katholischen Arbeitervereine zur Zusammenfassung der Angehörigen der einzelnen Berufe gebildet haben: die katholischen Fachabteilungen. Auch für Arbeiterinnen bestehen derartige Vereinigungen. Sie können aber als Gewerkschaften nicht gelten, weil ihr Zweck nicht die Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, sondern die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daneben haben die Fachabteilungen sich wiederholt als Streikbrechervermittler angeboten. Die katholischen Fachabteilungen werden von Geistlichen geleitet. Als Mitglieder werden nicht nur Arbeiterinnen aufgenommen, so daß die Mitgliederzahl keinen Anweis über die Stärke der Organisationen gibt. Fachabteilungen sowohl wie die christlichen Gewerkschaften geben für Arbeiterinnen besondere Zeitungen heraus, deren Inhalt nicht der gewerkschaftlichen Erziehung, sondern in erster Linie der Bekämpfung der Sozialdemokratie gewidmet ist. Trotzdem oder gerade deswegen, werden beide Organisationsrichtungen von der Regierung nicht als politische Vereine betrachtet, sondern genießen deren vollste Sympathie.

Im Verbands der deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dundersche) wird zum ersten Male über die Zahl weiblicher Mitglieder im Jahre 1903 berichtet. Damals zählten 7 Verbände insgesamt 2817 weibliche Mitglieder. 1910 betrug die Zahl 6097. Sie verteilt sich auf folgende Verbände: Maschinenbauer und Metallarbeiter 172, Fabrik- und Handarbeiter 808, Textilarbeiter 2615, Schuhmacher und Lederarbeiter 410, Schneider 425, Graphische Berufe und Maler 8, Zigarren- und Tabakarbeiter 820, Töpfer und Ziegler 9, Bauhandwerker 55, Holzarbeiter 25, Frauen- und Mädchenverein 750.

Auch innerhalb der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine besteht neben den gemischten Verbänden eine besondere Frauenorganisation: der Gewerbeverein der Frauen und Mädchen, der zu zwei Dritteln aus Fabrikarbeiterinnen und zu einem Drittel aus Heimarbeiterinnen sich zusammensetzt. Die weiblichen Mitglieder in den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen stellen somit absolut wie auch im Vergleich zur Gesamtmitgliederzahl nur ein geringes Kontingent gegenüber den christlichen und freien Gewerkschaften. Der Einfluß dieser Gewerkschaftsgruppe auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist ein sehr geringer. Im übrigen gestalten die hier üblichen geringen Beitragsleistungen auch nicht, wirkungsvolle Unterstützungseinrichtungen zu schaffen. Auch für die weiblichen

Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine besteht ein besonderes Arbeiterinnenblatt.

Neben diesen Organisationen erwerbstätiger Frauen und Mädchen ist als Vereinigung von erheblichem Einfluß der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte zu nennen. 1889 als „Kaufmännischer und gewerblicher Hilfsverein für weibliche Angestellte“ in Berlin gegründet, der zunächst fast ausschließlich wohltätige Zwecke verfolgte, hat er durch Aenderung seiner Statuten 1905 auch gewerkschaftliche Aufgaben übernommen, nachdem er 1902 beschloß, seinen Wirkungskreis über ganz Deutschland auszudehnen. Der Verband zählte 1911 insgesamt 32 177 Mitglieder. Seine gewerkschaftlichen Aufgaben versucht er durch Eingaben an den Reichstag und die Unternehmer und durch Vorstellungsverhandlungen bei den Reichsämtern, also nicht durch gewerkschaftliche Kampfmittel zu erfüllen. Zweifellos hat der Verband, namentlich durch seine Stellenvermittlung und Unterstützungseinrichtungen wertvolles geleistet. Es kam ihm dabei auch die soziale Gehegung zu Hilfe. Bis zum Jahre 1904 waren die kaufmännischen Angestellten nicht Krankenversicherungs-pflichtig. Die freie Hilfskasse, die der kaufmännische Verband errichtete, füllte für seine Mitglieder diese Lücke in der sozialen Gehegung aus und bildete somit ein gutes Agitationsmittel. Von 1904 ab befreit die Zugehörigkeit zur Hilfskasse des Verbandes von der seit dieser Zeit eingeführten gesetzlichen Zwangsversicherung, zu der die Unternehmer ein Drittel der Beiträge leisten müssen. Um diese zu sparen, veranlaßten viele Geschäftsinhaber ihre weiblichen Angestellten, der Hilfskasse, und damit auch dem Verbandsbeitritt. Außerdem glaubt eine Anzahl der Unternehmer durch Förderung des Verbandes den Beitritt der Angestellten zu den freien Gewerkschaften des Handelsgewerbes und der Bureauangestellten verhindern zu können.

Ganz wesentlich an Sympathie eingebüßt hat der kaufmännische Verband durch sein Verhalten bei den Vertriebswahlen zur Privatangestelltenversicherung. Er lehnte das Zusammengehen mit den Organisationen ab, welche die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts in Theorie und Praxis vertreten und machte gemeinsame Sache mit den Organisationen der freien Berufe und des Kaufmannstandes, welche die Frauennarbeit oft in der unschlichsten und gehässigsten Weise grundsätzlich bekämpfen. Daß der kaufmännische Verband hierdurch einige weibliche Vertreter in der Versicherungsorganisation der Privatangestellten erhalten hat, gereicht ihm bei den Kennern der deutschen Verhältnisse nicht zur besonderen Ehre.

Damit wären die nennenswerten Berufsorganisationen der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen in Deutschland angeführt. Eine Anzahl außerdem vorhandener lokaler Vereinigungen und solcher Verbände, in denen auch Unternehmer eine Rolle spielen, ja meist auch deren Gründung veranlaßten und die Leitung, wenn auch nicht oft, in Händen behalten, haben ihrer Mitgliederzahl und auch ihrer inneren Einrichtung wegen, keine Bedeutung und keinen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Sie tragen nur zu der an sich überaus bedauerlichen Zersplitterung in der Organisation der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten im Kaufmannsberufe bei. Der Nachteil, der hieraus entstehen muß, wird vielfach von den Beteiligten nicht erkannt.

Mit der Organisation der Arbeiterinnen begannen zuerst die freien Gewerkschaften. Die Furcht vor diesen und vor der Ausbreitung der sozialistischen Ideen war in den meisten Fällen die Veranlassung zur Gründung anderer Arbeiterinnenvereine. Ihrem Programm nach und auch in ihrer praktischen Betätigung sind zwar die freien Gewerkschaften politisch neutral, sie erblicken ihre politische Vertretung aber in der sozialdemokratischen Partei, weil diese nicht nur die Arbeiterklasse repräsentiert, sondern weil auch alle anderen Parteien bei der Vertretung der Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen versagt haben. Diese Stellung zur Sozialdemokratie ist es aber, die den Gewerkschaften Feinde schafft, und zwar nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei den bürgerlichen politischen Parteien, zumal diesen schon oft durch die Vertreter der Sozialdemokratie im Parlament die arbeiterfreundliche Maske abgerissen worden ist. Daß unsere Gewerkschaften im Unternehmertum keine Freunde erwecken, ist selbstverständlich. Die anderen genannten Gewerkschaftsgruppen stehen unserer Gewerkschaftsbewegung gleichfalls feindlich gegenüber, was besonders dadurch zu erklären ist, daß bei energischem Vorgehen der freien Gewerkschaften sich regelmäßig zeigt, in wie geringem Maße die Arbeiterinteressen von der anderen Seite vertreten werden.

So steht die freie Gewerkschaftsbewegung allein da, ihrer guten Sache vertrauend, die sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und mit größter Energie vertritt. Gegen eine Welt von Feinden hat sie sich bisher behauptet und entwickelt. Die Widerstandskraft der Verbände ist von Jahr zu Jahr gewachsen und deswegen können auch die organisierten Arbeiterinnen, gedeckt durch die Gewerkschaften, mit Zuversicht der weiteren Entwicklung entgegensehen. Diese wird und muß zur vollen Emanzipation der Arbeiterklasse und damit auch zur vollen Gleichberechtigung der Frauen führen.

Das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Gertrud Hanna.

Rundschau.

Die Wirkung der Strafaussetzung bei Jugendlichen. Es wird gemeldet, daß die Strafaussetzung bei Jugendlichen, die verurteilt wurden, sich vorzüglich bewährt habe. Während im ersten Jahre 3200 Fälle verzeichnet wurden, in denen die Strafaussetzung zur Anwendung kam, wuchs ihre Anzahl im Jahre 1911 auf rund 12 030 und stieg dann über 13 000. Hand in Hand geht damit eine starke Verminderung der Anzahl der Jugendlichen in den Gefängnissen. Die Jugendabteilungen, die noch vor einigen Jahren rund 3000 Gefangene enthielten, umfassen jetzt kaum noch 300.

16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Sitzung vom 5. August.

Schlüter-Herford spricht zum Antrag Krankeisen, einer weisfälligen Gausleiter zu werden. Aus Sparmaßregeln sind in Anbetracht der Verhältnisse gerade in Weisfalten zwei Gausleiter notwendig. Bezüglich der Auszahlung der Unterstützung ist die Sache recht eigenartig. Da wird die Einführung der monatlichen Karenzzeit ein praktischer Vorschlag sein. Das Festhalten der zweijährigen Arbeitslosigkeit muß aufhören, dann wird auch wieder Ruhe und Festigkeit eintreten.

Saudam-Neuhaus: Redner kann nicht einsehen, daß die Gausleiter mehr leisten, als es die Verordnungen erlauben können. (Widerspruch.) Freilich, bei Lohnbewegungen sind sie mit Vorteil tätig.

Schneff entgegnet dem Redner, daß man die örtlichen Verhältnisse nicht zum Maßstab für die allgemeinen nehmen kann. In Süddeutschland ist schwieriger zu agitieren, als in Neuhaus. — Esfreulich ist, daß die übergrasende Mehrheit für Veränderung unserer Unterstützungseinrichtungen sich ausgesprochen hat. Bedauerlich dagegen, was Einzelne über die Stellung und Gehälter unserer Beamten erklärt haben. Die Gausleiter müssen unabhängig arbeiten, sie liegen nicht auf der Harenhaut. Jeder Gausleiter ist stolz, daß es in seinem Gau vorwärts geht, er wird alles tun, um dies zu erreichen. Jeder geht das hoch-in-Gauarbeiten mit den einzelnen Revollmächtigten nicht so leicht. Die Agitation wird ohne Gausleiter viel leichter. Heute agitiert kein Redner ohne Entschädigung. Wir müssen die Organisation ausbauen.

Schilling-Karlruhe: Das Unrechtliche in der Situation ist, daß unsere finanziellen Verhältnisse ungünstig sind. Darum ist die schlimme Lage der Tabakindustrie schuld. Darum muß eine Reorganisation eintreten. Die Klage für den Mitgliederstand ist nicht richtig erkannt worden. Als wir Gausleiter einführen, sind die Mitgliederzahl sehr rasch. Seitdem ist eine minimale Steigerung zu verzeichnen. Das ist ebenfalls der verheerenden Lage in unserer Branche zuzuschreiben. Eine Verminderung der Agitation ist nicht eingetreten. Wir können nur Mitglieder in großer Zahl gewinnen bei eintretender Prosperität. In Kraft und Energie in der Agitation mangelt es bei uns nicht. Sollte man zu einer Verschmelzung der Gausleiter kommen, bin ich nicht in der Lage, das Amt eines Gausleiters weiter zu führen.

Die Unterstützungsbefugnisse bei Inventuren in den Fabriken sind nicht berechtigt. Wenn die Unternehmer die Inventurzeit über Gebühr ausdehnen, müssen wir Lohnforderungen stellen, damit der Ausgleich erzielt wird. Bei der Krankenunterstützung muß die Buchhalterunterstützung fallen, die letztere ist keine Krankenunterstützung. Klage zu verzeichnen gegen den Vorstand wegen Handhabung des § 9 haben die Mitglieder nicht.

Sprung-Bremen berichtet eine Bemerkung des Kollegen Räder, daß der Vorstand unzureichend in einem Falle Unterstützung ausbezahlt habe. Das ist nicht richtig, wie die Untersuchung ergab.

Reimann-Scharmbeck: Trotz der Krise in unserer Branche haben wir voriges Jahr die Unterstützungseinrichtungen erweitert. Man war begeistert, als das geschaffen war. Jetzt lamentiert man, daß die Krise eine entgegengesetzte Veränderung nötig mache. Redner nimmt Stellung zu dem Antrag Schlüter: 2 weibliche Agitatoren anzustellen. Wir kommt es vor, als ob das weibliche Geschlecht im Verband zurückgestellt würde, während man Gleichberechtigung pflegen sollte. Weibliche Agitatoren würden sehr vorteilhaft wirken. Wir haben weniger männliche Mitglieder als weibliche gewonnen. Für Weisfalten wäre eine weibliche Agitationstrakt zu empfehlen.

Kubler-Lemgo: Der Beschluß der Hamburger Generalversammlung in Bezug auf die Unterstützungskasse veranlaßt manchen Kollegen, zu sagen, das kann auf die Dauer nicht bestehen. Die Krise in der Industrie beschleunigte die Krise im Verband. Beitragserhöhungen kann ich nicht zur Hebung der Krise empfehlen. Die geistige Debatte hat schon ergeben, daß die Beiträge, die Herabsetzung der Gehälter und ähnliches beantragen, unzureichend und höchst bedauerlich sind. Es geht unter keinen Umständen, höhere Löhne für uns zu fordern und die Löhne unserer Beamten herabzusetzen. Wir haben die Erfolge der Gausleiteragitation bei uns gesehen, deshalb bin ich gegen Verminderung der Zahl der Gausleiter. Es ist kein Vorteil, ein paar tausend Mark Gehälter zu sparen, dafür vielleicht 10 000 Mitglieder weniger zu haben. Die Unpraxis an die Arbeitslosenunterstützung gehen mitunter über alles hinaus. Bei uns wollten Mitglieder Arbeitslosenunterstützung haben, die die Beerdigung einer Fabrikantenfrau mitgemacht hatten. Wir müssen unsere Einrichtungen treffen, daß der Kampfscharakter des Verbandes gehoben wird.

Rothacker-Karlruhe ist gegen die Anträge von Schönlank ufm. Wenn wir so verfahren wollten, würden uns die besten Kräfte weglassen. Die Zahl der Gausleiter muß beibehalten werden. Wenn Gausleiter nicht genügend leisten, sind die Mitglieder der Zahlstellen selbst schuld, sie mußten den Gausleiter dann zur Agitation drängen.

Durban-Offenburg: Wenn sonst eine Beitragserhöhung abgelehnt wurde, dann geschah es in Baden. Jetzt ist man zur Einsicht gekommen, daß eine Veränderung der Unterstützungseinrichtungen eintreten muß, ja, man wäre auch einer Beitragserhöhung nicht so abgeneigt. Die Zigarrenfabrikation in Baden hat sich vollständig verändert. Es werden teure Zigarrensorten fabriziert, Renalarbeit ist sogar eingeführt. Andererseits hat von der Schweiz her die Schumpfenfabrikation sich in Baden eingebürgert wegen der Zollverhältnisse. Wer die Verhältnisse in Baden kennt, der weiß, daß hier alles von den Gausleitern abhängt. Es darf hier keine Verminderung eintreten, vielmehr müßten die Beamten resp. Agitatoren vermehrt werden. Sie müssen uns helfen, die Lohnbewegungen zu regeln und zu führen. Dazu muß auch unsere Verbandskasse gestärkt werden durch eine Reorganisation.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Berg-Rehme: Wenn gesagt wurde, daß in Weisfalten eine Agitation angestellt werden möchte, so muß doch gefragt werden, woher sollen wir sie nehmen, wenn wir in Weisfalten keine finden? Man kann nicht eine Agitation aus Sachsen oder Schlesien nach Weisfalten verlegen, sie muß Kenntnis von unseren Verhältnissen haben.

Lüdge-Magdeburg ist gegen einen Nahrungs- und Genussmittelverband. Was die Anträge aus Schönlank ufm. auf Verschmelzung der Gehälter anlangt, so müssen wir sagen, daß unser Vorstand mehr leidet, als manche andere Funktionen in der Arbeiterbewegung. Verständlich ist, daß Aufregung unter den Kollegen kommt, wenn Beitragserhöhung und Unterstützungsbefugnis verlangt wird. In Braunschweig lehnte Kollege Reichmann die Arbeitslosenunterstützung noch ab, jetzt empfiehlt er sie. Möge alles zum Wohle des Verbandes ausgehen.

Sackelberg-Hamburg: Die Hamburger Kollegen sind stets dafür interessiert, daß in den rückständigen Gegenden mehr Agitatoren angestellt werden. Der Antrag aus Hamburg entspricht nicht der Mehrheit der dortigen Kollegen. Gausleiter haben nicht nur die Aufgabe, Lohnbewegungen zu leiten und Agitation zu betreiben, sie haben hauptsächlich dafür zu sorgen, daß die Geschäfte in den einzelnen Zahlstellen ordentlich geführt werden. Das erfordert größere Arbeit.

Jahn-Schöned: Mancher wird eine andere Ansicht bekommen haben nach den Darlegungen, die hier gemacht worden sind. Ich bin gegen die Verminderung der Gausleiter, es ist große Arbeit

nötig zur Erringung von Mitgliedern, das müssen wir in Schöned, wo von 1200 Tabakarbeitern nur 76 dem Verband angehören. Ich würde einen Vorteil darin sehen, wenn der Verband nur Kampforganisation, nicht auch Unterstützungsbereich wäre.

Dauer-Bredt ist der gleichen Meinung. Die Unterstützungseinrichtungen hindern die Industriekasse. Bedauerlich sind die Anträge, für die hier keine eine Begründung gemacht hat, so zum Beispiel der Antrag aus Bredt.

Hemrich-Breslau: Ich kann es nicht begreifen, daß nach Reichmanns Ansicht der Sortiererverband mehr erhalten habe, als er berechtigt ist. Das ist nicht richtig; der Jahresbericht sagt es zwar auch, ich betrachte das jedoch als eine Verletzung der Mitglieder. Die Berechnung stimmt nicht. Auch der Artikel von Reichmann enthält die Unrichtigkeit.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Reichmann-Bremen: Ich hatte eben eine Aufrechnung gemacht, um zu verhindern, falsche Schlüsse zu ziehen. Hemrich hat schon eine falsche Rechnung aufgemacht, die sich nur auf günstige Bezirke bezieht. Die ganze Kritik für den Verband war hier keine ungünstige, abgesehen von den blamablen Anträgen und der Kritik Einzelner im Tabak-Arbeiter. Ich möchte mich daher den einzelnen Anträgen zu. Was diejenigen anlangt, die einen Industriekassenverband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter wünschen, so bitte ich, die Anträge in dem Sinne abzulehnen, daß wir zur Vereinigung geneigt sind, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Vorläufig fehlen sie.

Was die Informationschrift betrifft, so bitte ich, die Anträge dazu abzulehnen, wir merken aber auch zur Erklärung des Statuts, mehr können wir nicht versprechen. Wir können dagegen nicht seit verwichenen, den Jahresbericht zu der in den betreffenden Anträgen verlangten Zeit an die Mitglieder gelangen zu lassen. Wir müssen die Berichte und Rechnungen der Gausleiter erst sämtlich in Händen haben. Wir haben jedoch auf Aufforderung es nicht fehlen lassen, die Mitglieder sind sich rechtzeitig klar geworden über die Verhältnisse.

Der Antrag Hölshausen, Abzahlung von Arbeitslosenunterstützung betreffend, können wir nicht annehmen. Die Gründe für die Ablehnung sind schon in der Debatte dargelegt worden. Es wird eine Resolution erfolgen müssen über die Handhabung des Statuts.

Hölshausen mit einer Statistik über die Mitgliederzahl jedes Mitglied, um die Situation und ihre Ursachen, resp. ihre Verursacher festzustellen. Ist das möglich durch solche Statistik? Ich glaube es nicht. Will man dadurch eine Unzulänglichkeitsunterstützung vorbereiten? Das ist unteren jenseitigen Absichten entgegen.

Ein Antrag aus Schmege will die Gehälter kürzen. Wertmindernde, die dortigen Mitglieder lassen sich von einem Nichtmitglied vorreden, die Tabakarbeiter zahlen zu viel Gehalt an ihre Beamten und beschließen darauf Gehaltsreduktion.

Danach sind die Anträge zu bemessen. Wenn man unsere Organisation klammern will, mag man die Anträge annehmen. Ich glaube das nicht und bitte, die Anträge abzulehnen. Wir wollen, wenn wir Stellen zu besetzen haben, brauchbare Kräfte haben. Sie sind die billigsten, weil die besten. Mancher ging von uns, weil er in anderen Stellen mehr Gehalt und weniger Aufregung hatte. Mancher, der zu brauchen wäre, kommt nicht zu uns, weil er anderwärts mehr Entschädigung für seine Arbeit findet. In der Partei, im Genossenschafts-, im Krankenkassenwesen finden sie bessere Aufnahme. Auch ist ihre Arbeit dort weniger aufregend, wie in Gewerkschaften, wo die Kritik, wie wir bei uns gesehen haben, herabsehend ist. Wir sollten uns bemühen, Kräfte zu gewinnen.

Früher meldeten sich auf unsere Ausforderungen hundert und mehr jetzt ist das nicht mehr der Fall. Die Ursache ist die geringe Gehaltszahlung und die Anfeindung der Angestellten. Man darf nicht an die niedrigen Ansprüche des Menschen appellieren. Nehmen Sie darum alle darauf bezüglichen Anträge ab.

Nun zu den Anträgen über den Tabak-Arbeiter. Wir haben noch mehr Pflicht, wie in anderen Industrien, für die Klärung der Arbeiter unserer Industrie zu wirken, denn sie geht in die rückständigen Bezirke. Es ist einer der mächtigsten Hebel für den Aufstieg der Arbeiter, unsere Presse. Gausleiter können die Arbeit der Redaktionen nicht ersetzen. Wir möchten Redaktoren, die unter die Kollegen in Verhandlungen gehen, und dort sich informieren über die Lage der Tabakarbeiter. Nehmen Sie daher auch diese Anträge ab.

Zwei weibliche Agitatoren anzustellen, können wir nicht so leicht in die Tat umsetzen. Ich habe nachgesehen, ob wir solche Kräfte haben, gemeldet haben sich keine. Zeitweise haben wir einige Agitatoren gehabt, aber sie sind aus verschiedenen, meist familiären Gründen, von uns gegangen. Daher ist der Antrag nicht zu erfüllen.

Die Anträge, die Zahl der Gausleiter herabzusetzen, können unmöglich angenommen werden. Es ist ersichtlich, daß solche Anträge gestellt werden können, wo eigentlich eine Verstärkung der Kräfte eintreten müßte. Daß Hamburger auch einen solchen Antrag stellen, verstehe ich nicht und es tut mir in der Seele weh. Gausleiter haben Lohnbewegungen einzuleiten und zu führen. Es gehört dazu Geschick, das durch Erfahrung und Routine erst erworben wird. Ferner haben sie dafür zu sorgen, daß die Geschäfte der Zahlstellen gut geführt werden. Man hat gesagt, die Zahlstellen arbeiten dem Vorstand in die Hand, ach, es gibt Zahlstellen, die arbeiten alles aus der Hand des Vorstandes heraus. Bei manchen Zahlstellen muß genau aufgepaßt werden, daß die Geschäfte in Ordnung bleiben. Freilich glauben manche andere, wenn ein Gausleiter da ist, braucht sie nichts zu tun, während sie gemeinsam mit dem Gausleiter den Verband stärken müssen. Geplant wird nichts, wenn die Gausleiterzahl verringert wird, im Gegenteil, wir würden den Verband schwächen. Wir brauchen in unserem Verband weniger Verwaltungskosten, als mancher andere gewerkschaftliche Verband und gewerkschaftliche Organisationen. Wir müßten eigentlich mehr Leute im Vorstand haben. Redner legt dar, wie die Arbeit des Vorstandes gemacht ist, nicht aber entsprechend die Zahl der Kräfte. In der Statutenkommission muß die Frage eingehend behandelt werden.

Auch der Antrag Berlin muß abgelehnt werden. Die Kontrolle muß in der Hand des Vorstandes liegen. Die beantragte Veränderung würde ungewissheit zu Konflikten führen, weil ein neues Element im Verband eingeführt würde, von dem kein Vorteil zu erwarten ist.

Ebenso ist der Antrag Bries zu scheitern, als daß er Berücksichtigung finden könnte.

Aus der Debatte ersehe ich, daß die Meinung zu einer Reorganisation im Sinne des Vorstandes vorhanden ist, beschließen Sie in diesem Sinne, dann wird der Verband den Vorteil davon haben und sich Respekt bei den Unternehmern wie in der Arbeiterbewegung erwerben.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen von Rebus und Reint.

Eine Resolution Reint, des Inhalts:

„Der 16. Verbandstag billigt die Auslegung des § 9 durch den Vorstand, spricht aber die Erwartung aus, daß in dem neu zu schaffenden Statut der klare Wortlaut enthalten ist, um Diskussionen, wie sie im Tabak-Arbeiter in diesem Jahr entfallen waren, unmöglich zu machen.“

wird angenommen.

Uebereingang zur Tagesordnung wird beschlossen bezüglich der Anträge 1 und 2, 9—19, 157.

Die Anträge 3 und 4 werden durch die Anträge Reichmanns für erledigt erklärt.

Anträge 4 und 5 werden abgelehnt.

Antrag 6 wird abgelehnt.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Antrag 8 wird abgelehnt mit Rücksicht auf die Erklärungen Reichmanns.

Darauf wird dem Vorstand und Ausschuss Decharge erteilt.

Nienhoff-Bremen, Redakteur des Tabak-Arbeiter, erhält das Wort zur Stellung und Entwicklung des Blattes. Klagen über die Haltung des Blattes sind nicht eingegangen. Darum werden sie sich mündern, daß wir selbst mit Vorschlägen einer Erweiterung des Blattes kommen. Die Verhältnisse in unserer Industrie bedingen es. Wir haben den kulturellen Aufstieg der Tabakarbeiter zu fördern. Zu dem Zwecke wollen wir die Monatsbeilage erweitern. In der ganzen Presse wird mehr Gewicht auf das Feuilleton gelegt. Das wollen wir nun auch tun, besonders mit Rücksicht auf unsere weiblichen Mitglieder, die wir für alle Fragen interessieren müssen. Unwesentlich soll nun die Beilage erscheinen. Aus dem Gebiete der schönen Literatur und der Unterhaltungsliteratur ist manches zu bieten. Besonders sollen die Frauen berücksichtigt werden; um sie an den Verband zu fesseln. Ebenso soll den Jugendlichen etwas geboten werden. Wir suchen bisher schon in dieser Hinsicht manches zu tun, allein, auf feuilletonistischem Gebiet kann das nach der Gefühlseite hin besser gelingen. Einzelheiten können wir jetzt nicht geben, Vorstand und Redaktion werden die Sache zum Besten des Verbandes zur Ausführung bringen, wenn sie unserem Vorschlage zustimmen.

Kohn-Bremen gibt dann eine Übersicht über den finanziellen Stand des Tabak-Arbeiter. Durch die Verlegung des Blattes von Leipzig nach Bremen belamen wir das Blatt erst richtig in eigene Regie. Das Annoncenwesen ist im Tabak-Arbeiter insofern geändert, als die Preise erhöht sind. Dann wurde auf einige Klagen hin der Verlag geändert, so daß jetzt keine Klagen mehr gekommen sind. Das Annoncenwesen ergibt finanziell mehr als früher. Auch der erhöhte Abonnementspreis ergibt etwas mehr. Wir können also mehr Mittel, die durch das Blatt selbst gewonnen sind, zur weiteren Ausgestaltung des Blattes verwenden.

Was würde uns nun die Ausführung des neuen Projektes kosten. Sie würde uns rund 2000 M. kosten. Dann rechnen ich einen größeren Aufwand für die Redaktion, doch über 2000 M. würde der nicht hinausgehen. Haben wir 5000 M. mehr Einnahme, so können wir wohl 4000 davon zur Agitation, die durch die Erweiterung des Blattes vorgenommen wird, ausgeben.

Lüdge-Magdeburg begrüßt den Vorschlag des Vorstandes und wünscht, in der Art der „Gleichheit“ die Beilage auszubauen.

Nienhoff-Bremen hätte gewünscht, wenn sich mehr Delegierte über den Plan ausgedrückt hätten, obgleich es angenehm sei, wenn der Plan ohne Zustimmung läge. Die „Gleichheit“ sei mehr politisch gehalten, wir würden unsere Beilage in der Hauptsache feuilletonistisch halten. Raum für sie werden wir durch Kürzung der uninteressanten Berichte erhalten, außerdem ist schon Raum durch Verminderung der Inserate gewonnen.

Schilling-Böbeln: Es freut mich außerordentlich, daß der Vorschlag uns gemacht worden ist, durch den das Interesse der Kolleginnen für den Tabak-Arbeiter mehr geweckt wird. Die „Gleichheit“ ist nicht geschrieben für A.B.C.-Schüler, sondern für schon politisch vorgeschulte Frauen. Vertrauen Sie unserer Redaktion, daß sie das Blatt zum Vorteil unseres Verbandes ausstellen wird.

Malchmann-Holzhäusen begrüßt ebenfalls den Vorschlag und wünscht, daß nicht nur die Frauen, sondern auch die Jugendlichen in der Beilage Berücksichtigung finden.

Folgender Antrag:

Der Verbandstag beschließt: Die Monatsbeilage wird in der Weise erweitert, daß eine wöchentlich zweifache erscheinende Feuilletonbeilage herausgegeben wird, deren Inhalt überwiegend mit Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder redigiert wird; wurde einstimmig angenommen.

Sitzung vom 5. August. Nachmittags.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: Unter Verband und seine Lokalkämpfe — referiert Kollege Kohn-Bremen.

Aus der geheimen Sitzung teilen wir folgendes mit:

Redner führte aus, daß die Unternehmer in der kapitalistischen Produktionsweise das Bestreben haben, die Löhne möglichst niedrig zu halten, um die Produktionskosten so niedrig als möglich, die Profitrate so hoch wie möglich zu halten. Die Arbeiter streben dagegen nach höheren Löhnen, stehen also dem Bestreben der Unternehmer diametral gegenüber. Daraus entstehen die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern. Diese Kämpfe sind nicht zu vermeiden, sie müssen geführt werden, wenn die Arbeiter nicht noch schlechter gestellt werden sollen.

Wie haben nun die Gewerkschaften für die Arbeiter getätigt? Lohnverhandlungen sind erkannt worden. Im Jahre 1890 standen die Tabakarbeiter auf einem Lohnsatz von 3.1 M., weit zurück hinter den Löhnen anderer Industrien. Im Jahre 1911 hatten die anderen Gewerkschaften einen Durchschnittslohn von 11.4 M. errungen, die Tabakarbeiter standen mit 6.30 M. verhältnismäßig noch weiter zurück.

Ursachen sind die Verlegung der Fabriken auf das flache Land, ferner die Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte, die Zurückdrängung der männlichen. Weiter kommen die mangelhaften politischen Verhältnisse an das Reich gestellten höheren finanziellen Ansprüche, die eine feste Beurlaubung der Tabakindustrie durch Tabaksteuerpläne mit sich brachten. Die jetzige Krise ist eine Folge davon.

Wie ist dem nun entgegenzutreten, resp. wie kann die Lage der Tabakarbeiter verbessert werden? Bisher führten wir bei Lohnforderungen einen Streik. Das wird anders werden, schon weil wir stärker geworden sind, aber auch die Fabrikanten durch ihre Organisationen. Das führt dazu, daß wir bei Lohnbewegungen größere Gebiete abgrenzen und in Betracht ziehen müssen. Stärken sich unsere Gegner, müssen wir versuchen, ihnen ein Patok zu bieten durch eigene Kräftigung. Wir müssen alles aufbieten, dem Verband weit mehr Mitglieder zuzuführen. Außerdem müssen wir unsere Kampfmittel, unsere Munition vermehren. Ein großer Teil der Delegierten ist nicht genügend unterrichtet über unsere Jahresberichte, somit müßte er viel bereitwilliger für die Stärkung unserer Munition eintreten.

Wir müßten keine Zeit bei dem größeren Kampf in Weisfalten annehmen. Es werden weit größere Kämpfe kommen, auf die wir uns vorbereiten müssen. Redner erklärt die Kassenverhältnisse des Verbandes seit jener Zeit. Vom Kampfscharakter des Verbandes ist auf dem Verbandstage wohl immer die Rede gewesen, aber unter dem Kollegen ist er nicht genügend gepflegt worden. Von Anfang hatte unsere Organisation Unterstützungseinrichtungen, die dann erweitert wurden. 1903 kam die Arbeitslosenunterstützung, die im vorigen Jahre auf dem Hamburger Verbandstage erhöht wurde. Es wurde gesagt: Warum habt ihr das getan? Darauf ist schon geantwortet worden, daß die Verschmelzung mit den Sortierern zu Rücksichten nötigte, die uns jetzt finanziell schwer fielen. Inzwischen hat sich leider die Arbeitslosigkeit verstärkt. Wir hatten zu Anfang vorigen Jahres 730 Arbeitslose, 146 im Mai. Im Mai wurde das neue Statut beschlossen, im Juni lag leider bereits die Zahl der Arbeitslosen, im November betrug sie bereits 785 und im Dezember sogar 818. Im Januar gab es über 1200 Arbeitslose — das belastete ungeheuer den Verband. Außerdem hat eine vollständige Umwälzung in unserer Industrie in den letzten zwei Jahren stattgefunden. Die Verschlebung der Industrie nach der Steuer ist zum Schaden des Verbandes geworden. Wir haben den größten Teil unserer Mitglieder dort, wo die Industrie abgenommen hat. Wo sie abnahm, gab es mehr Arbeitslose zu unterstützen. Und diese Verschlebung der Industrie dauert noch an, sie wird nicht so bald enden. Dazu kommt die allgemeine Teuerung, die der Tabakindustrie speziell schädlich ist. Steigerung ist in dieser Hinsicht nicht zu erwarten. Ferner wird die Zigarrenindustrie von

dem steigenden Konsum an Zigaretten eingeschränkt. Das alles trifft unsern Verband doppelt schwer.

Uns fiel es nach solchen Tatsachen um so schwerer, wenn wir Lohnbewegungen verhindern, Anträge um Unternehmung abweisen mußten. Ohne Lohnbewegung aber keine Anerkennung für den Verband, kein Wohlsein des Verbandes. Denn Mitglieder gewinnen wir hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Zigarettenarbeiter, daß der Verband ihre Lage verbessert. Das Streben nach höherem Lohne führt uns Mitglieder zu. Die Situation im Verband kann verringert werden, wenn wir die Mitglieder in dieser Hinsicht mehr befähigen und sie mehr in Bewegung halten. Gelingen wir durch die Reorganisation Mittel dazu, dann müßte schon die Zigarettenarbeiter-Verband. Das wird auch von den organisierten Arbeitern anerkannt werden, die uns bisher hilfreich beistanden. Das Kampffeld wird durch die Verschlebung der Industrie auch verschoben. Wir müssen den Kampf dort aufnehmen und ausführen, wo die Industrie Massen heranzieht, die billige Arbeitskräfte sind und die alten Bezirke der Industrie drücken. Das wird uns viel Arbeit und Mühe kosten, aber sie darf nicht gescheit werden. Ist die Arbeitsweise zum Beispiel im Süden eine höher entwickelte, als sonst, müssen die Arbeiter im Süden teure Zigaretten zu billigen Löhnen anfertigen — dann müssen wir helfen eingreifen. Sonst wird die süddeutsche Konkurrenz in anderer Weise der Industrie gefährlich, als dies bisher der Fall war.

So glaube ich, hier die Richtung angegeben zu haben, in der wir kräftig kämpfen müssen. Dazu aber, vergessen Sie das nicht, bedürfen wir größerer Mittel.

Frankfurt - Spengler empfiehlt die Annahme des Antrages Bielefeld, eine größere Propaganda für die tariffreuen Firmen zu entfalten.

Frankfurt - Frankenberg begründet den Antrag Frankenberg, der die Resolution 22 a des Kölner Gewerkschaftsverbandes aufzuheben will. Richtig ist, daß das nur durch einen Gewerkschaftsbeschuß geschehen kann. Aber es ist nicht alles in den Gewerkschaften so, wie es sein soll. Dagegen muß Abhilfe geschaffen werden. Redner bespricht Verhältnisse in den Gewerkschaftsfabriken der G.-C.-O.

Berlin - Berlin stimmt Krohn zu, daß die Taktik in Lohnkämpfen infolge der Verschlebung der Industrie geändert werden müsse. Wir haben Erfahrungen in Berlin gemacht, die das bezeugen. Allerdings werden auch die Fabrikanten ihre Taktik danach richten, aber sie sind in schon zu Auspörrungen gekommen. Für solche Fälle müssen wir uns rüsten. In der Zigarettenindustrie verdrängt die Maschinenarbeit die Handarbeit und vermindert die Zahl der Handarbeiter. Aber wir haben noch Hilfsarbeiter, die wir für den Verband gewinnen müssen; für sie muß mehr getan werden, als bisher. Sie sind meist weibliche Arbeiter. Es ist notwendig, wie es der Antrag aus Berlin will, eine Reichsfunktion zum Zwecke der Beratung eines Minimaltarifs für die Zigarettenbranche herbeizuführen. Bitte, nehmen Sie den Antrag Berlin an.

Dresden - Dresden: der Antrag von Berlin kann nicht angenommen werden. Die Vorarbeiten dazu sind nicht fertig. Klagen über die Hinauszögerung sind unzureichend, Schwierigkeiten verhindern die Fertigstellung des Materials für die Konferenz. Es wäre weggekommenes Geld, wenn die Konferenz ohne das zu Grunde zu liegende Material zusammengetreten wäre. Es muß an der Fertigstellung der Enquete festgehalten werden. Der vorige Verbandstag hat in dieser Frage das festgelegt.

Heidelberg - Heideberg: Krohns Ausführungen haben wir angenommen, daß eine andere Taktik eingeschlagen werden müsse. Damit sind wir völlig einverstanden. Leider müßten manche Lohnbewegungen, die absolut notwendig waren, abgelehnt werden. Trotz der Tariflosigkeit der Unternehmer haben wir doch mehr Tarife abschließen können. Aber Tarife werden zum Teil erst durch Kämpfe errungen. Mit der Schutzmarke haben wir keine Erfolge erzielt und können auch jetzt nichts erzwingen. Wir müssen versuchen, mit den großen Unternehmern in eine Tarifgemeinschaft zu kommen. Die Gewerkschaften stehen in den Löhnen weit höher, als die Konkurrenz. Andere Verhältnisse können leicht in den Gewerkschaften hergestellt werden.

Frankfurt - Frankenberg: Ich möchte noch sagen, daß hier der Antrag Frankenberg allerdings nicht angenommen werden kann. Redner bringt einen neuen Antrag ein.

Waldheim - Die Ausführungen Krohns beweisen, daß der Kampfschritt des Verbandes vernachlässigt und durch die Unterfertigungseinrichtungen in den Hintergrund gedrängt wurde. Wir dürfen uns daher der besseren Einsicht nicht verschließen und müssen uns auf den Boden der Vorlage des Vorstandes stellen. Seit vielen Jahren versprechen wir unseren Mitgliedern, ihre Löhne aufzuheben zu helfen, leider konnte das nicht so geschehen, wie wir das wünschten. Nun wollen wir das ändern und den Wünschen der Arbeiter entsprechen. In Gießen ist das bitter notwendig.

Wien - Wien: Zu diesem Punkt sind eine Reihe von Anträgen eingebracht, die uns vorteilhaftere Löhne interessieren. Wir haben seit zwei Jahren auch eine Art Tarifvertrag mit der Tabakregie. Ferner ist die Frage der Arbeiterferien für uns eine sehr wichtige, durch sie haben wir großen Erfolg bei den Arbeitern gehabt. Es gibt jetzt Arbeiterferien. Aber wir haben Lohnunterschiede bis zu 100 Prozent; in Wien wird so viel mehr gezahlt, als in Galizien. Dazu hat die Regie die Leistungen der Arbeiter erhöht. Also müssen auch wir Löhne für die Verbesserung der Arbeiter kämpfen. Die Löhne sind bei uns immer noch so gering geblieben, wie in Deutschland. Unsere Regie richtet sich nach deutschen Verhältnissen. Ich hoffe, daß Sie nach den Worten Krohns handeln, und dem Verband Mittel zum Kampf zuführen.

Regie - Regie tritt ebenfalls lebhaft für Lohnbewegungen ein. Trauriger könne es nicht werden, als es um die Lage der Arbeiter in unserer Industrie steht. Die Unterfertigungen müssen beschritten werden. Auch in Westfalen sind Anzeichen, daß neue Kämpfe vor der Tür stehen. Das muß vorgearbeitet werden. In der Tariffrage müssen die Tabakarbeiter selbst überall Hand ans Werk legen und überall Tarife verlangen.

Wien - Wien: Es ist ein Verhängnis, in einzelnen Betrieben und will damit die Verschlebung der Industrie befestigen.

Hamburg - Hamburg: Die Stellung der Sortierer zu den Lohnkämpfen muß ich mit einigen Worten streifen. Haben die Sortierer sich zu fassen, daß der Tabakarbeiterverband ihre Interessen nicht wahrzunehmen habe? Nein! Der westfälische Kampf hat das bewiesen. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Wir konnten mit unseren Einrichtungen im Sortiererverband nicht fortwirklich sein. Das hat sich schneller gezeigt, als ich in Dresden glaubte sagen zu können. Außerdem werden die Sortierer ebenfalls mehr zu kämpfen gedrängt. Wir konnten mit unserer Organisation keine großen Kämpfe führen. Heute ist der Weg einfacher, im Tabakarbeiterverband muß gemeinsam über die alle Teile der Arbeiter beruhenden Fragen beraten und gehandelt werden. Ich bin von dem nicht abgewichen, was ich bei der Verschlebung gesagt und später geschrieben habe.

Hödenheim - Hödenheim spricht ebenfalls für die finanzielle Stärkung des Verbandes, um Lohnkämpfe führen zu können.

Berlin - Berlin polemisiert gegen die Ausführungen Benzels. Die Lage müsse ausgenutzt werden.

Gödelshausen - Gödelshausen begründet den Antrag, Arbeiterferien betreffend. In einzelnen Fällen haben wir Erfolge erzielt.

Berlin - Berlin: Ich erlaube mir, den Antrag auf Aufhebung der Resolution 22 a des Kölner Gewerkschaftsverbandes abzulehnen. Wir müssen ein Instrument haben, mit dem wir einen Einfluß ausüben können. Die Pflichten zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften müssen abgegrenzt werden. Differenzen müssen in diesen Kreisen ausgeglichen werden.

Die jetzt die Verhältnisse in ihrer Organisation haben, bedauern ich. Es muß daher eine Änderung eintreten, wie sie der Vorstand vorschlägt. Die Hilfe der Allgemeinheit hat eine bestimmte Grenze, man wird sie haben, wenn man selbst erst alles getan hat, um Kämpfe führen zu können. Der Reichstag hat ein Ende. Die Erklärung der Unternehmer, wie Arbeiterorganisationen denken, darauf hin. Dazu muß gearbeitet werden. Verträge müssen Sie den hieran gerichteten Vorschlägen Ihrer Verbandsleitung entgegenbringen, es muß das Beste für Ihren Verband sein.

Frankfurt - Frankenberg: Die Ausführungen Krohns in der Frage der Ausbeutung der Kämpfe. Redner macht darauf aufmerksam, daß beim westfälischen Kampf die Unternehmer bereits eine Generalstreikbewegung erregten. Da müssen wir für die Zukunft ganz anders auftreten können. Die übrigen Arbeiter können nicht immer für uns eintreten. Redner spricht gegen den Frankfurter Antrag. Es ist zweifellos, daß wir damit nicht durchkommen, und wir können auch den Antrag nicht recht begründen. Das solche Anträge zustande kommen, liegt weniger an den Verhältnissen, als vielmehr oft an der Haltung der leitenden Personen, wenn auch ausgegeben werden muß, daß die Arbeiter nicht immer einmündig sind. Wir müssen erwarten, daß hier mit der Zeit eine gegenseitige Verständigung stattfindet.

Die abgeschlossenen Tarife können wir wegen einer mehr oder weniger großen Anzahl unorganisierter Arbeiter nicht kündigen. Redner wendet sich weiter gegen Schutzmarken usw.

Heidelberg - Heidelberg: Ich möchte noch über die Tarifrage in solchen Fabriken, wo die Arbeiter nach Einführung des Tarifes der Organisation den Rücken kehren. Er bespricht dann noch die Gewerkschaftsfrage und unterstützt den Antrag Frankenberg. Die ganze Frage ist dadurch aufgeworfen, weil einige Leiter der Gewerkschaften oft recht ungeschickt verfahren.

Auf einige Ausführungen muß ich noch eingehen, sonst könnte ich verzweifeln. Ich hätte gewünscht, man würde etwas mehr auf die Gesamterhältnisse eingehen. Ein Kollege aus Westfalen hat durchsagen lassen, als ob in Westfalen nichts mehr unternommen werden dürfe. Das ist durchaus nicht der Fall. Redner geht dann auf die einzelnen Antworten ein.

Auf die Bitte der übrigen Arbeiter dürfen wir nicht immer rechnen, wir müssen uns selbst helfen, deshalb müssen wir in Heidelberg solche Beschlüsse fassen, daß dies möglich wird.

Es kommt dann zur Abstimmung über die einzelnen Anträge. Antrag 1 Frankenberg wird abgelehnt, auch eine von G. L. Frankenberg beantragte Abänderung. Die Anträge 2, 3 und 4 werden dem Vorstand als Material überwiesen. Die Anträge 5, 6 und 7 werden als durch die Aussprache erledigt betrachtet.

Dann wird folgende Resolution:

Der 16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Krohn vollkommen einverstanden und verspricht, im Sinne des Referats zu wirken. Insbesondere beauftragt der Verbandstag den Vorstand, der Tarifbewegung größte Aufmerksamkeit zu schenken und eine möglichst lebhaft propagandistische für den Bezug von Tabakarbeitslosen von Tariffirmen in jeder ihm geeigneten Weise zu betreiben.

Sitzung vom 6. August.

Frankfurt - Frankenberg: Ich erlaube mir, den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Am Ende sind 73 Delegierte, 3 Vorstandsmitglieder, der Ausschuss für die Finanzen, die Mediatoren Geyer und Nienhoff und 14 Gauleiter. Ferner sind als Gäste anwesend Brunns, Amsterdam, Pattermann, Wien, Fischer, Zürich, und als Vertreter der Generalkommission Sabath - Berlin. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Darauf referiert Verbandsvorstand Deichmann über:

Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Er weist darauf hin, daß neben einer Reihe anderer wichtiger Gründe auch das Bestreben auf Vereinigung der Verwaltungsgeschäfte für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung maßgebend sein müsse. Deshalb vertrete auch der Vorstand den Standpunkt, daß nur drei Vertragsklassen aufrecht erhalten werden sollten. (Sehr richtig!) Insbesondere aber habe die ganz außerordentliche Finanzlage des Verbandes in Form von Anträgen und Arbeitslosenunterstützung zur Verringerung gedrängt. Nach unserem geltenden Statut kann ein Mitglied innerhalb 32 Wochen neben 12 Wochen Arbeitslosenunterstützung noch 24 Wochen Krankenunterstützung beziehen. Wir zahlen also innerhalb eines Jahres 36 Wochen Unterstützung. Und die Ergebnisse des Vorjahres und des ersten Quartals d. h. zeigen nur zu deutlich, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder ganz enorme Unterstützungssummen aus der Organisation herausgezogen. Der Vorstand will die Erwerbslosenunterstützung deshalb zur Einführung vorschlagen, um vor allem größere Mittel zum wirtschaftlichen Kampf zur Verfügung zu haben. Das ist Interesse der Tabakarbeiter mehr zur Verbesserung der Löhne getan werden soll und muß, haben ja die bisherigen Verhandlungen des Verbandstages bewiesen. Gegenüber den früheren Jahren sind unsere Lohnbewegungen unannehmlicher und auch erfolgreicher geworden, was zuletzt nicht auf die Tätigkeit der Gauleiter zurückzuführen ist. Die Entlohnung in unserem Verste aber zwingt uns, daß noch weit mehr geschehen muß und zwar gerade in den Gebieten, in welche die nachsichtigen Fabrikanten sich geflüchtet haben und wohnen auch die westfälische Industrie ihre Betriebe verlegen wird, wenn nicht mit ganz außerordentlichen Mitteln unsererseits in jenen Bezirken gearbeitet wird.

Betrachten wir Beitragsleistung und Unterfertigungen in den einzelnen Klassen unseres Verbandes, so sehen wir, daß eigentlich die ärmsten Mitglieder, die den niedrigsten Klassen angehören, die Mittel für die höheren Beitragsklassen aufbringen müssen. Die Reduzierung der Beitragsklassen müssen wir auch haben, um der Beitragsdrückerei Einhalt zu tun. Doch mehrfacher Beitragsrückzahlung im letzten Jahr hat der Verband nur einen recht geringen Vorteil davon gehabt, da die Mitglieder in die niedrigeren Klassen übertraten. Wir müssen deshalb sagen, daß diejenigen, welche bis 18 A verdienen, der ersten oder zweiten Beitragsklasse und diejenigen, welche über 18 A oder mehr verdienen über 21 A verdienen, der dritten Klasse angehören müssen. In dem neuen Statut muß festgelegt werden, daß die Mitglieder gezwungen sind, der zuständigen Beitragsklasse anzugehören. Ausgeschlossen muß ferner werden, daß alle die, welche ihre Arbeit freiwillig aufgeben, ihre Beiträge zahlen müssen, wollen sie ihre Rechte behalten, ferner muß auch festgelegt werden, daß diejenigen, welche in einer Woche drei Tage arbeiten, den Beitrag zahlen müssen.

Redner erklärt dann die Notwendigkeit, Arbeitslosenunterstützung an Mitglieder, welche ihre Arbeitsstelle freiwillig aufgeben, nicht mehr zu zahlen. Beim Auslegen aus der Arbeit muß ebenfalls eine statutarische Regelung erfolgen. Redner erklärt jedoch die Vorlage des Vorstandes und weist darauf hin, daß die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung unter allen Umständen zur Erwerbslosenunterstützung zusammengelegt werden muß. Auch über das Auszahlen von Jahrgeld muß in der Kommission noch eingehend geredet werden. Die Karenzzeit muß so festgelegt werden, daß wir erst vom nächsten Werktage an zahlen. Wenn man auf eine andere Weise bestehen sollte, dann müssen die Beiträge über die Vorlage des Vorstandes hinaus erhöht werden. Einseitige Sätze für Erwerbslosenunterstützung in unserem Verbande durchzuführen, ist nach den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich. Bei der ersten Klasse soll die Arbeitslosenunterstützung auf 80 A pro Tag, die Krankenunterstützung auf 40 A festgelegt werden unter Beibehaltung der bisherigen Beitragsätze. In der zweiten Klasse ist eine Erhöhung der Krankenunterstützung um 10 A pro Tag, in der dritten Beitragsklasse bei Kranken- und Arbeitslosenunterstützung um je 10 A vorzusehen. Demgegenüber ist auch eine Erhöhung der Beiträge in diesen Klassen um 5 resp. 10 A nötig. Wird diese nicht beschlossen, können die vorgeschlagenen Unterfertigungsätze nicht aufrecht erhalten werden. Die Klassen 4, 5 und 6 müssen beibehalten werden. Redner bespricht eingehend die technischen Grundlagen und Ergebnisse der vorgeschlagenen Beitrags- und Unterfertigungsänderungen und kommt zu dem Ergebnis, daß die vorgeschlagenen Änderungen unbedingt durchzuführen werden müssen, wollen wir die so notwendigen größeren Mittel für unsere wirtschaftlichen Kämpfe beschaffen. Im Interesse der deutschen Tabakarbeiter bitte ich die Delegierten dringend, die vorgeschlagene Erwerbslosenunterstützung in dem vorgeschlagenen Umfang anzunehmen. Die Taktik gebietet, alle Kräfte zu konzentrieren für den Kampf der deutschen Tabakarbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Berlin - Berlin: Wir werden alle die Notwendigkeit begriffen haben, daß etwas Grundriss gegeben muß, aber wir müssen mit klarem Verstand an die Arbeit gehen. Ich bin für Einführung der Erwerbslosenunterstützung, aber dann für zwei Fälle, Mittel zum Kampf beschafft werden. Diese Mittel müssen von

Leuten für Krankheit, absetzens für Arbeitslosigkeit. Tritt eine Krankheit ein nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit, dann soll noch eine Unterfertigung von sechs Wochen eintreten. Redner tritt in weiteren Ausführungen für diesen Gedanken ein.

Hamburg - Hamburg: Das instruktive Referat Deichmanns über Einführung der Erwerbslosenunterstützung macht es schwer, schlagende Gründe gegen sie ins Feld zu führen. Aber ich will versuchen, einige Gründe anzuführen. Der Vorwurf gegen die Hamburger von Seiten Deichmanns und Krohns gestern trifft nicht zu. Die Erwerbslosenunterstützung bringt uns eine Beitragsrückzahlung und eine Verschönerung der Unterfertigung. Das würde zweifelsohne die Mehrheit der Mitglieder nicht gutheißen. Können wir es verantworten, wenn diese Mitglieder austreten? Die Erwerbslosenunterstützung legt eine bestimmte Quote für jedes Mitglied pro Jahr fest, die unangenehm ist.

Stuttgart - Stuttgart: Die vorliegenden Anträge, die zu diesem Punkt vorliegen, beweisen, daß hohes Interesse die Mitglieder an dieser Sache haben. Ich bin für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, man muß die Anträge der Beratung des Vorstandes vorlegen mit zugrunde legen. Ich bin der Ansicht, daß die Unterfertigung vom 4. Tage an gezahlt werden kann. Die Umzugs- und Krankheitsunterstützung sollte nur an streikende und gemäßigtere Mitglieder gezahlt werden. Die Krankenunterstützung an Frauen der Mitglieder kann fallen.

Berlin - Berlin: Wir stimmen in Berlin dem Vorschlage auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung zu. Die Erhöhung der Beiträge betreffend, m. wir keine Erhöhung der niedrigsten Klasse. Wenn die Beiträge nach der Bedürfnishöhe bemessen werden sollen, wird manches Mitglied aus der 1. Klasse in die 3. Klasse versetzt, also 30 A mehr Beitrag zu zahlen haben. Auch ich bin der Meinung, daß die Arbeitslosenunterstützung vom vierten Tage, die Krankenunterstützung von achten Tage an gezahlt werden sollte. Redner begründet dann die Berliner Anträge.

Heidelberg - Heidelberg: Ich bin der Ansicht, daß die höchsten Klassen befreit werden, sie haben viel Unmut gekostet. Ich bitte, die Vorschläge des Vorstandes anzunehmen.

Breslau - Breslau wendet sich gegen Berg, der auf anderem Wege fast höhere Unterfertigungen einführen wollte, als bisher. Redner warnt davor, die Erwerbslosenunterstützung vom vierten Tage ab zu zahlen. Wo sollen dann die Mittel für Lohnbewegungen herkommen? In Schlesien müssen wir die erhöhte Lage der Tabakarbeiter verbessern. Nehmen Sie den Vorschlag des Vorstandes an.

Nordhausen - Nordhausen: Es wird wohl niemand hier sein, der nicht nach dem Vorschlage des Vorstandes mit dem Unterfertigungsantrag einverstanden wäre. Aber es kommt dabei auf die Form der neuen Erwerbslosenunterstützung an. Wir hatten eine Berechnung aufgestellt, nach der es möglich sein sollte, vom vierten Tage ab die Unterfertigung zu zahlen. Redner begründet dann die Anträge Nordhausen, ist aber der Meinung, daß eine Beitragsrückzahlung nötig ist. Bei Inventuren darf keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Die hohen Klassen 4, 5 und 6 müssen aufgehoben werden. Dafür soll der Beitrag der 3. Klasse erhöht werden.

Regie - Regie: Es ist unangenehm, daß der Kollege Clement mich so mißverstehen konnte. Redner erklärt noch einmal, wie er sich die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung denkt. Ich habe mich von dem Prinzip leiten lassen, einen Fonds zu schaffen, um die Not zu lindern. Man sollte sehr vorsichtig vorgehen. Mit dem Unterfertigungsantrag kann ich mich nicht befreunden, ich halte es für eine Strafe.

Niedersachsen - Niedersachsen: Bei uns in Westfalen liegen die Dinge so, daß die Mitglieder die Erwerbslosenunterstützung nicht wollen. (Widerpruch westfälischer Delegierter.)

Bünde - Bünde: Die Ausführungen Krohns von gestern zogen zu einer Änderung des Unterfertigungsansatzes. Nun sagte Deichmann, wenn ihr keine Beitragsrückzahlung wollt, dann darf vor dem achten Tage keine Unterfertigung gezahlt werden. Ich würde die Verschönerung der Unterfertigung vorsehen. Im großen und ganzen wird wohl der Vorschlag des Vorstandes angenommen sein. Die drei höchsten Klassen müssen vollständig aufgehoben werden. Deichmanns Antrag vor, an gewissen Orten sollten Erhöhungen des Lohnbeitrages vorgenommen werden. Dafür kann ich nicht eintreten. Die bisherige Regie würde sich weitergeschleppt werden.

Hamburg - Hamburg: Ich spreche die Befürchtung aus, daß der Verband in Hamburg geschwächt werde, wenn die Vorschläge des Vorstandes angenommen würden. Allerdings sehen die Hamburger ein, daß sich der Verband in nützlicher Lage befindet; aber die Hamburger Anträge würden dem Verband Schwächen bringen.

Düsseldorf - Düsseldorf: Wenn wir über die Vorlage beraten, müssen wir auch berücksichtigen, aus welchem Geiste die Anträge der einzelnen Orte geboren wurden. Die Tabakarbeiter sind an manchen Orten nicht mehr von dem alten solidarischen Geiste befeuert; es handelt sich für sie mehr um Unterfertigungen als um Opfer für die Befreiung ihrer Lage. Es gibt auch viele Tabakarbeiter, die heute noch nicht die Gleichberechtigung der Frauen pflegen, und doch ist die Frauarbeit zu einem Faktor geworden, mit dem unbedingt gerechnet werden muß. Ferner hat noch lediglicher Fortschritt die Heimarbeit angenommen. Und wo sind wir denn nun angelangt? Durch Lohnrückzahlung ist Heimarbeit eingetreten. Dem muß entgegengetreten werden. In Hamburg fand ich genau das Gegenteil um ein paar Groschen Unterfertigung, wie es heute wieder zum Teil geschieht.

Wien - Wien: Nach den Debatten, die wir gestern und vorgestern hatten, ist es ersichtlich, welche Pflichten auf die Wunde gelegt werden sollen nach den meisten Rednern, die heute gesprochen haben. Besonders die westfälischen Kollegen sollten alles tun, um den Verband zu stärken. Allenfalls wird zu Lohnbewegungen gedrängt, und wir müssen Mittel dazu schaffen. Von mehreren Stellen hin ich beauftragt, dahin zu wirken, daß vor allem das Jahrgeld in die Erwerbslosenunterstützung eingekürzt wird. Mit den übrigen Änderungen können wir nicht weit genug gehen, denn es ist Mißbrauch mit den Unterfertigungsbezügen getrieben worden. Eine starke Einschränkung muß eintreten; so darf vor dem 8. Tage an Unterfertigung bezahlt werden, sonst werden die Unterfertigungen der Klasse weiter betrieuen.

Dahme - Dahme: Wir sind hierher gekommen, etwas zu sagen, was den Verband in den Stand setzt, wieder größere Kämpfe führen zu können. Wie können wir dann mit den kleinsten Anträgen rechnen, die hier begründet worden sind. Ein Kampfonds würde nicht übrig bleiben, wenn wir denen nachgeben. Vor allem müssen die höheren Klassen befreit werden; dann ist die Karenzzeit zu erweitern auf 7 Wochentage. Es muß etwas geschaffen werden, was auf die Dauer ausreicht.

Frankfurt - Frankfurt: Die Umzugsunterstützung müßte aus der Erwerbslosenunterstützung heraus. Redner tritt für den Antrag Frankenberg zu 7 ein. Für die Karenzzeit von 8 Tagen trete ich ein. Sonst bin ich der Meinung, daß wir durch Lohnkämpfe mehr Mitglieder werden, als durch Unterfertigungen.

Dresden - Dresden: Ich bin auch für Nichtentziehung des Jahrgeldes in die Erwerbslosenunterstützung. Ferner ist es mir zu schätz, daß jemand die Beiträge weiter zahlen soll, wenn er freiwillig die Arbeit verläßt. Die Feilscherei um Unterfertigungen muß unterbleiben, wir müssen den Verband stärken.

Boingen - Boingen: Wie man hier um Unterfertigungen handelt, so ungefähr wird die Sache bei den Tisch-Dunderschen gemacht. Hier muß der Kaiserstuhl gemacht werden, wenn etwas Grundriss geschaffen, der Verband zur Kampforganisation gemacht werden soll, wie es so nötig ist. Wenn Sie nach Dauls kommen und erklären es den Kollegen, was nötig war, werden diese einverstanden sein. Im Statut muß festgelegt werden, daß die Ausübung des Verbandes nicht weiter getrieben werden kann.

Bremen - Bremen wendet sich gegen Deichmann, der eine Verminderung Deichmanns über Beitragsrückzahlung falsch aufgefaßt hat. Die Ausführungen Bergs wehren dem bisherigen Uebel nicht, er rechnete falsch. Nach seiner Berechnung wird nichts an der Form geändert, vielmehr wird die Unterfertigungsbereitschaft weiter gehen. Es wäre ein Verbrechen an den Tabakarbeitern, wenn der Verbandstag keine gründliche Änderung trafe. Es müssen viele Mittel zum Kampf beschafft werden. Diese Mittel müssen von

der Gesamtheit geleistet werden, man darf daher nicht bestimmte Kategorien von Mitgliedern bevorzugen.

Roch-Hodenhorn hat den Eindruck gemann, daß die Resolution Krohn und Weichmanns solchen Eindruck machen, daß mancher Antrag nicht mehr verteidigt wurde. Wir würden auch die alten Zustände weiter bestehen, wenn die Wünsche erfüllt würden, die hier für die Arbeitslosenunterstützung geäußert wurden. Einmütig müßten wir die Vorlage des Vorstandes annehmen, wenn wir in Zukunft die kommenden Kämpfe ausfechten müssen. Es ist zu erwägen, ob nicht ein großer Fonds, zu dem jedes Mitglied monatlich 5 s. steuert, geschaffen werden sollte, der gegen Ausperrungen herbeizuziehen wäre.

Liebert sagt: Werden: Die Ausbeutung des Verbandes ist systematisch betrieben worden, dagegen muß vorgegangen werden. Aber mit der Erwerbslosenunterstützung sind wir nicht einverstanden. Ich bin für völlige Beseitigung der Krankenunterstützung, die nicht in den Verband gehört. Vor allem muß unsere Lage durch Lohnherabsetzungen gebessert werden. Dann brauchen wir keine Krankenunterstützung vom Verband. Als der Sympathiestreik ausbrach, traten gerade unsere alten braven Mitglieder in Bremen mit Bravour für ihn ein. Der Kampf um die Besserstellung wird mehr, als die Unterstützung. Wenn es zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung kommt, dann bin ich gegen Erhöhung der Beiträge, aber für die Karenzzeit von nur 4 Tagen.

Batteman in Bremen meint, viele von den Anträgen müßten im Druck verschwinden. Redner wies über die einzelnen Unterstützungsarten.

Mrosan in Dresden: Man muß bei der schwebenden Frage die zeitlichen Verhältnisse auch in Betracht ziehen. In Dresden wird eine Erhöhung der Beiträge sehr schwer fallen, denn dort wird schon seit langem mit beschränkter Arbeitszeit gearbeitet. Auch ich gegen die Krankenunterstützung, sie gehört nicht in unsern Verband. Mit der Beseitigung würden Mittel gewonnen. Sie werden künftig gebraucht, es werden mehr solche Kämpfe kommen, wie in Weiskalen. Die Karenzzeit und die Bezugszeit muß stark in die Höhe gedrückt werden.

Vogel in Geringssolde: Wir können den Nik in unserer Kasse nicht mit Selbstpflaster zusehen. Karenzzeit und Unterstützung müssen stark geändert werden.

Mäcker in Weiskalen: Der Kampf um die Besserung der Lage muß in Süddeutschland und Westfalen besonders geführt werden, denn was wird auf den Norden zurückwirken. Wir haben ebenfalls in Weiskalen unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden, aber wir sind nicht für die Beseitigung der alten Unterstützung, die Krankenunterstützung kann ganz fallen. Beitragserhöhung kann ich nicht empfehlen.

Hemmerich in Würzburg: Ich würde für eine Beitragserhöhung eintreten, aber die Verlängerung der Karenzzeit über vier Tage hinaus kann ich nicht empfehlen. Wir haben in Würzburg alles auf glücklichem Wege zum Austrag gebracht und uns beschränkt, da es an Mitteln fehlte.

Hemmerich in Dresden: Ich habe den Eindruck, daß die 5. und 6. Klasse aus besonderen Gründen befreit werden soll. Redner ist für eine 4. Klasse.

Geyer in Leipzig tritt für eine gründliche Veränderung des Unterstützungsweises ein. Der Verband müsse Kampforganisation werden.

Schilling in Döbeln erweitert ihre vorhergehenden Ausführungen dahin, daß sie glaubt, die Arbeiterinnen werden einst die Männer in der Organisation vordrängen. Das Feilschen um Unterstützung hindert uns an gründlicher Veränderung. Die Veränderung mag einschneidend sein, aber sie wird überwunden werden. Wir werden wir energisch an der Hebung des Verbandes, dann werden wir für die Tabakarbeiter das Beste getan haben.

Schilling in Nordhausen schlägt sich Geyers Ausführungen an. Eine gründliche Aussprache soll stattfinden und das soll hören.

Schilling in Hamburg tritt gegen die Hamburger Anträge und ihre Verteidigung durch Selph ein. Hätten die Hamburger den Bericht über das 1. Quartal dieses Jahres gehabt, dann wären sie zu anderen Ansichten gekommen. Der jämmerliche Geist, wie er hier von den Kollegen geschleiert wurde, ist dort nicht vorhanden, bei einzelnen vielleicht, bei der Mehrheit nicht. Wenn der Geist, der hier bezüglich der Wahrung des Kampfscharakters herrscht, draußen bei der Berichtsfassung vorwaltet, dann werden die Mitglieder sich leicht überzeugen lassen.

Schilling in Gersford: Kollege Berg hat hier nur seine Meinung ausgesprochen, die Westfäliger sind anderer Meinung. Die Westfalen wollen keine Beitragserhöhung, dagegen 6 Tage Karenzzeit, 65 Wochen Unterstützungszeit, auf die Umzugsfrage legen sie kein Gewicht.

Schilling in Karlsruhe: Als gestern Krohn seinen Vortrag beendete, entsetzte er starken Beifall. Man mußte annehmen, daß die Kollegen einverstanden seien. Aber die Reden danach lauteten heute anders. Und doch müssen wir Hand anlegen und schnell dafür sorgen, daß wir Mittel erlangen, um dem Vorgehen der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Die Verlegung der Fabrikation nach dem Süden geht vorwärts. Diese Umwälzung muß Kämpfe mit sich bringen. Aus diesem Grunde müssen Sie dem Verbande noch mehr Mittel zuzuführen, als in der Vorlage verlangt werden. Durch Lohnbewegung müssen die Kollegen und Kolleginnen in den Verband gebracht werden. Auch die Lebensmittelerzeugung bedingt Lohnkämpfe, der neue Zolltarif wird uns noch mehr dazu zwingen. Nehmen Sie die Vorlage an, dann leisten Sie dem Verband und der Tabakarbeiter die größten Dienste.

Schilling in Walsungen ist ebenfalls für Ausbau des Verbandes, damit er mehr Lohnkämpfe führen könne. Die Unterstützungsleistungen haben keinen Nutzen für die Tabakarbeiter.

Kotthaus in Karlsruhe ist eigentümlich davon berührt, daß gerade die Kollegen vom Norden für die Unterstützungen so sehr eintreten, während wir doch einsehen, daß mehr Mittel zu Lohnkämpfen geschaffen werden müssen. Besonders wir im Süden wollen lieber auf Unterstützungsleistungen verzichten, statt auf Lohnbewegungen.

Durhan in Offenburg: Die süddeutschen Kollegen stehen, wie Sie gehört haben, auf dem Boden der Vorlage des Vorstandes. Wir legen ja aus der Statistik, daß in den hohen Klassen die wenigsten Mitglieder sind, die am meisten von den Verbandsbeiträgen an Unterstützung ziehen. Das kann nicht aufrecht erhalten werden. Ich hoffe, daß die Statutenkommission die Vorlage des Vorstandes einstimmig annehmen werde.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Deichmann in Bremen: Die Kommission wird nun nach der Debatte alles versuchen müssen, das Beste aus der Beratung für die Vorlage herauszuschlagen. Ich will nur auf einige Bemerkungen zurückkommen. Ich bin nicht der Ansicht, daß alle Unterstützungsleistungen von den Gewerkschaften ferngehalten werden sollen, nur die Überwindung dieser Einrichtungen soll verhindert werden. Im Verband sollen die Unterstützungen nicht, wie bisher, schädlich wirken. Kollege Selph sagte, wenn wir die Hamburger Anträge befolgten, würden bis 300 000 M. jährlich für den Verband geparkt werden. Die Rechnung stimmt nicht. Redner stellt dem die Berechnung des Vorstandes entgegen. Mit der Berechnungen anderer Kollegen steht es ähnlich. Andere sprachen von Ersparnissen von 140 000 M. Was sollen wir damit bei großen Lohnkämpfen anfangen? Dann sind 65 Wochen Unterstützungszeit in Vorlage gebracht. Das bringt dem Verband ja gar nichts ein. Ist man geneigt, die Unterstützungszeit zu verlängern, dann mag man ruhig zu 75 Wochen greifen, die Kollegen allerwärts werden Verständnis für diese Veränderung haben. Wir haben einen Teil Mitglieder verloren, weil sie sahen, daß wir nicht den Kampf führen konnten, wie es gehen würde, wenn uns Mittel genug zur Verfügung ständen hätten. Wollen wir erfolgreiche Kämpfe führen, muß die Organisation Vertrauen erwerben durch ihre innere Festigung. Dann wird wieder der Stolz der Tabakarbeiter werden und man wird dem Heidelberger Verbandstag Zustimmung entgegenbringen.

Der Antrag des Vorstandes und des Ausschusses unter Nr. 1 zu Punkt 4 der Tagesordnung, die Einführung der Erwerbslosenunterstützung betreffend, wird gegen 4 Stimmen angenommen.

Alle übrigen Anträge werden der Statutenberatungskommission überwiesen.

Schluß der Sitzung.

Sitzung vom 7. August.

Die Gauweiler Klein und Votz werden bestätigt.

Die Bescherde- und Revisionskommission erhält Bericht. Berichterstatter Mrosan erklärt, daß Vöhrer und Vöhrer in Ordnung befinden wurden und beantragt Vöhrer, die dem Kassierer erteilt wird.

Einige Beschwerden, Umzugsgeheir betreffend, werden auf Antrag des Berichterstatters zurückgewiesen. Desgleichen einige Beschwerden wegen Umzugs- und Arbeitslosenunterstützung. Eine Beschwerde über verweigerten Rechtschutz (Vangnebel) wird gegen 12 Stimmen verworfen. Eine Beschwerde des Kollegen Ammergut gegen die Resolution des Tabak-Arbeiters wird nach Vorlegung des Sachverhalts verworfen.

Auf Antrag wird beschlossen, die Debatte über den Fall Vangnebel nochmals aufzunehmen. In der Abstimmung wird die Beschwerde mit allen gegen 12 Stimmen verworfen.

Die Diäten für den Verbandstag werden nach dem Beschluß des Hamburger Verbandstages bestimmt.

Zum 5. Punkt der Tagesordnung: Das Hausarbeitgesetz und die Tabakindustrie, referiert Kollege Mrosan in Bremen.

Die Tabakarbeiterschaft hat gegen die Schäden der Hausarbeit stets ein Schwergewicht gesetzt und aus eigenen Kräften soviel wie möglich angeknüpft. In der Tabakindustrie ist die Situation der Ausbeutung der Hausarbeit günstig. Schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es Hausarbeit in der Tabakindustrie. Wir fordern zuerst ein Gesetz gegen die Hausarbeit. Wenn jetzt ein Hausarbeitgesetz gekommen ist, so ist das unserer Nation mit zu danken. Zuerst beschäftigte die Regierung ein Gesetz zur Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie. Das Gesetz kam nicht zustande, dafür brachte die Regierung das nun geltende Gesetz über die Hausarbeit im allgemeinen ein. Auf dem Heimarbeitengesetz 1904 forderten wir ein Verbot der Hausarbeit. Der Kongress ging nicht darauf ein, aber er nahm unsere Erklärung entgegen, daß für die Tabakindustrie ein Verbot nötig sei. Ich sehe noch heute auf dem Standpunkt, daß ein Verbot in unserer Industrie durchführbar ist. Ob das sofort oder nach und nach durchgeführt wird, ist zu erörtern. Wir haben dahin zu drängen und müssen nehmen, was zu kriegen ist. Die Hausarbeit ist die rückständige Betriebsform, aus der die Unternehmer den größten Profit schlagen.

Selbst dort, wo Hausarbeitern die gleichen Löhne wie den Fabrikarbeitern gezahlt werden, spart der Fabrikant gegenüber der Fabrikarbeit — er braucht keinen Arbeitsraum, keine Heizung usw.

Unsere ganze Sozialgesetzgebung ist nach dem Wert gehalten: Wofür wir den Preis, aber was ihn nicht nach. Wohl haben die Arbeiter manches errungen, aber es bestehen so viel Mißverhältnisse in der Produktion, daß den Arbeitern Schutz gewährt werden muß. In der Hausarbeitfrage kommt auch die öffentliche Gesundheit in Betracht. Die Lohnverhältnisse hängen mit den hygienischen eng zusammen.

Leider organisieren sich die Hausarbeiter noch seltener als Fabrikarbeiter. Auch das ist ein Moment für die Unternehmer, für den Bestand der Hausarbeit einzutreten. Bei Schaffung des jetzigen Gesetzes hatte die Regierung die Absicht, zunächst der Gewerbeordnung einen Abschnitt einzufügen zur Regelung der Hausarbeit. Die sozialdemokratische Fraktion brachte dieser Absicht gegenüber einen selbständigen Gesetzentwurf über Heimarbeit ein. Da zog die Regierung ihre Vorlage zurück, brachte dafür einen Gesetzentwurf über die Regelung der Hausarbeit in der Zigarrenindustrie ein. Das war uns angenehmer. Dieser Entwurf verschwand in der Verlesung am Schluß der Session. Nun brachte später die Regierung das jetzige Gesetz ein. Zur Aufgestaltung des Gesetzes brachte die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von Anträgen ein. Auf ihr Drängen wurden Lehnhäuser im Gesetz verlangt. Dagegen lehnte sich die Regierung, daher wurde die Bestimmung wieder herausgebracht. Das Gesetz ist nun äußerst lückenhaft. Redner stellt eine Reihe von Forderungen, die in einem annehmbaren Hausarbeitgesetz Aufnahme finden müßten. In dem Gesetz ist weniger drin, als in dem zurückgegangenen Entwurf für die Zigarrenindustrie. Auf erstem Wege kann das Gesetz völlig wirkungslos gemacht werden, da alles in das Ermessen der bundesstaatlichen Regierungen resp. der Verbände gestellt worden ist.

Leider beschäftigen sich unsere Kollegen auf manchen Gebieten überflüssigerweise, aber sie fühlen, wo notwendig etwas getan werden muß. Gegen den Schaden der Hausarbeit könnten sie gar nicht genug tun.

Redner geht auf die Bestimmungen des Heimarbeitgesetzes ein. Bezüglich der im Gesetz vorgesehenen Nachschüsse haben die Unternehmer der Tabakindustrie erklärt, es liege gar keine Ursache vor, Nachschüsse für die Tabakindustrie zu bilden, denn es liege kein Unterschied zwischen Löhnen usw. der Hausarbeit und der Fabrikarbeit vor. Ich kann nicht annehmen, daß damit eine bewusste Unwahrheit ausgesprochen worden ist, aber die Unterschiede sind in großer Weise für jeden Sachmann sofort zu sehen und festzustellen. So sucht man jedoch sogar dies mangelhafte Gesetz noch unwirksamer zu machen.

In einzelnen Fragen, was Löhne oder Arbeitsverhältnisse betrifft, könnten wir in Nachschüssen manches feststellen. Aber die Unternehmer wollen mit uns Arbeitern überhaupt nicht verhandeln. Man weiß warum; sie meinen, daß doch mancher Liebestand ausgehandelt würde und beilegt werden müßte. Sie wollen jedoch selbstherrlich die Ausbeutung der Arbeiter betreiben. Wir würden die tüchtigsten Kollegen in die Nachschüsse senden. Das wissen die Unternehmer, sie haben daher schon empfohlen, in Nachschüsse, falls solche wirklich geschaffen werden sollten, nicht einzutreten. Auf ministerielle Veranlassung sollen sich nun die Behörden darüber äußern, ob Nachschüsse in der Tabakindustrie nötig seien. Bis jetzt ist nicht bekannt, ob die Behörden sich in dieser Sache informiert und entschieden haben. An die Arbeiter, die die Verhältnisse der Tabakindustrie ebenso gut wie die Unternehmer kennen, haben sich Behörden nicht gewandt. Redner verliest eine Erklärung der Unternehmer folgenden Inhalts:

Das Vergütungen, die Mitglied des Nachschusses nennen zu können (M. d. F.), würde also nicht lange währen. In der Vorname solcher Liebeständigkeiten wird sich der Bundesrat schwerlich herbeilassen, wie wir es auch verstehen würden, wenn die Fabrikanten eine Minderleistung an einer solchen Nachschüsse aufträgt, so ist es geschlossen abgelehnt worden.

Daraus kann man erkennen, wie das Gesetz unwirksam gemacht wird durch die Unternehmer.

Die Maschinenfabrik der Unternehmer zur Ausbeutung der Hausarbeiter sind vielfacher Art und den Kollegen bekannt. Die Auseinanderhaltung der Hausarbeiter ermöglicht stärkeren Druck auf die Arbeiter, auch Lohnherabsetzung.

Trotz der ungenügenden Bestimmungen werden wir uns nicht abweisend gegen das Gesetz verhalten, sondern alles tun, um es wirksam zu machen. Redner schlägt folgende Resolution vor:

Resolution.

Der 16. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes erklärt, daß das Hausarbeitgesetz in der von der Reichsregierung beschlossenen Form den Ansprüchen, die auf einen durchgreifenden Schutz der Hausarbeiter und der öffentlichen Gesundheit gestellt werden müssen, nicht genügt.

Der Verbandstag erwartet, daß die §§ 3 und 4 des Hausarbeitgesetzes möglichst bald in Kraft treten.

Der Verbandstag istigt sein Verhalten aus, daß bis jetzt noch keine Nachschüsse auf Grund des Gesetzes eingerichtet sind. Für die Tabakindustrie sind Nachschüsse wegen der verschiedenartigen Entlohnung und aller anderen Zustände in der Hausarbeit gegenüber der Fabrikarbeit dringend nötig. Die Einrichtung von Nachschüssen darf deshalb nicht länger verzögert werden.

Im übrigen wünscht der Verbandstag den Wunsch nach einem befriedigenden Gesetz, betreffend die Hausarbeit in der Tabakindustrie.

Kollegen! Den letzten Absatz der Resolution habe ich formuliert in Rücksicht auf unsere Stellung zur Hausarbeit in der Tabakindustrie, denn das jetzige Gesetz genügt uns nicht.

Kollege Deichmann stellte im Reichstage eine kurze Anfrage über die Einrichtung von Nachschüssen in der Tabak-

industrie. Darauf gab die Regierung eine Erklärung ab, nach der sie hofft, daß Nachschüsse bald eingeführt werden könnten. Die Unternehmer freilich suchen diese Hoffnung aufzuheben zu machen.

Die Christlichen stehen durch die Abgeordneten Vielmeyer und Wehring eine Anfrage an die Regierung richten, ob sie die Absicht haben, zu einem Verbot der Hausarbeit zu kommen. Die Christlichen haben nämlich ihre Mitglieder zu verlieren, wenn die Hausarbeit beibehalten würde. Natürlich erklärte die Regierung, daß sie diese Absicht nicht habe. Das Ganze war eine Waise, die mehr im Interesse des Unternehmertums lag.

Redner führt dann die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück über das Gesetz an, die beweist, daß der schwarz-blaue Blad noch realitätsfremd war wie die Regierung.

Indes, wenn wir Erfolge gegen die Hausarbeit erringen wollen, müssen wir überall die Gelegenheit ergreifen, dahin zu drängen, alles, was herauszuschlagen ist aus dem Gesetz, zu erringen. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Sitzung vom 8. August.

Ueber den Tagesordnungspunkt „Die Volksfürsorge“ referiert Kollege Mrosan.

Es muß durch Aufklärung die Kenntnis des Volkes für Versicherungsweisen gemehrt werden. Beabsichtigt ist, durch die „Volksfürsorge“ den privaten Versicherungen das Wasser abzugraben. Zwar wird von jenen der Privatversicherungen behauptet, unsere Versicherung könne nicht so viel leisten, wie sie. Doch das ist nicht wahr, das wird sich zeigen. Wir wollen reinen Wein über das Versicherungsweisen einschenken, das erregt die privaten Versicherungen. Auch das, daß wir billigeren Bedingungen stellen. Dabei wollen wir die Arbeiterbewegung der Arbeiter nicht aus den Augen lassen. Für jeden deutschen Arbeiter ist es Pflicht, sich mit der Sache zu befassen. Daß die Privatversicherungen als unsere Gegner alles aufbieten werden, uns zu schädigen, damit müssen wir rechnen. Trotz alles Gefahren von einer sozialdemokratischen Gründung hat das Reichsversicherungsamt sich nicht bewegen lassen, gegen das gesetzliche Recht zu verstoßen und die Befähigung unseres Instituts zu verjagen. Es ging an die Prüfung des Materials, ob die Gewähr gegeben ist, daß die Versicherten geschützt sind und eine geregelte Geschäftsführung verbürgt ist. Diese Bedingungen sind erfüllt. Manches, was wir wünschten, mußte preisgegeben werden, weil das Reichsversicherungsamt seine Zustimmung dazu verweigerte.

Bei den Privatversicherungen werden kolossale Dividenden herausgeschlagen, die in die Taschen der Kapitalisten verschwinden. In der „Volksfürsorge“ können schon deshalb die Bedingungen für die Versicherten günstiger gestellt werden, weil jene Dividenden teilweise ausgeschüttet sind. Durch unser Vorgehen wollen wir Verwirren in das Versicherungsweisen schälen, das für Privatversicherungen immer mehr schwindet.

Die Volksversicherung hat den Zweck, eine Lebensversicherung im besten Sinne zu werden. Darum muß sie in Arbeiterkreisen allseitig unterstützt und bekräftigt werden. Redner geht näher auf die Bedingungen und Tarife der „Volksfürsorge“ ein.

Mit der neuen Versicherung werde nur den Interessen der Arbeiterbevölkerung gedient werden. (Beifall.)

Kollege Mrosan: Die Agenten der Privatversicherungen agieren mächtig gegen die „Volksfürsorge“. Dabei machen sie Berechnungen auf, die besonders die Kinderversicherung als ungünstig erscheinen lassen.

Mrosan in Hamburg: Allerdings sind wir vorsichtig bei der Kinderversicherung vorgegangen, aber die Bedingungen sind real, es werden keine schmeichelehaften Gewinne in Aussicht gestellt. Wären wir auf andere Fälle eingegangen, dann hätten wir dieser Versicherungsart Schwierigkeiten bereitet. Der Ausbau der Versicherung wird sich nach gemachten Erfahrungen richten müssen. Man mag nicht vergessen, daß bei unserer Versicherung Gewinnbeteiligung eingerichtet ist, die in Privatversicherungen ausgeschlossen ist.

Darauf wird Punkt 7 der Tagesordnung: „Sonstige Anträge“ zur Beratung gestellt.

Der Antrag Krochhausen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ebenso die Anträge von Vöhrer und Karlruhe.

Der Antrag Nordhausen wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Der Antrag Mrosan, betr. Legitimationskarte, wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Ueber den Antrag Gieseler wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Antrag Braunschweig zum Streikreglement wird abgelehnt.

Zur Beratung kommen die Anträge, das Wahlreglement betreffend.

Die Anträge, den Abs. 1 im § 3 zu streichen und dafür eine andere Einteilung der Wahlkreise zu bilden, werden angenommen. Die Anträge Deuben und Walsheim werden abgelehnt.

Es wird beschlossen, eine Kommission von fünf Personen zu wählen, die eine Vorlage zur Änderung des Wahlreglements ausarbeiten hat. Es werden in die Kommission gewählt: Berg, Rehm, Armbrust-Berlin, Haag-Nordhausen, Räder-Mosim, Pottermann-Breslau.

Schluß der Sitzung.

Nachmittagsitzung.

Die Vorlage der Fünferkommission wird zur Beratung gestellt. Berichterstatter ist Kollege Berg-Rehm, der die einzelnen Änderungen des Wahlreglements erklärt.

Es wird beschlossen, sofort in die Spezialdiskussion einzutreten.

Die §§ 1 und 2 werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 3 Abs. 1 liegt folgender Antrag vor: Die Wahlkreise sind so einzurichten, daß auf je 500 Mitglieder ein Delegierter entfällt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

§ 4 wird ohne Debatte angenommen.

Zu § 5 liegt der Antrag vor, die Wahl auf einen Sonntag zu legen und die Wahl von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags stattfinden zu lassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu § 6 Abs. 4 liegt der Antrag vor, diesen Absatz zu streichen. Der Antrag wird angenommen.

Zu Abs. 6 wird beantragt, demselben hinzuzufügen: Auch ist es gestattet, andere als die aufgestellten Kandidaten zu wählen.

Der Antrag wird angenommen.

Abs. 7 wird gestrichen und dann § 6 mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

§ 7 wird mit einigen redaktionellen Veränderungen angenommen und das 10. abgeänderte Wahlreglement ebenfalls.

Darauf wird zur Vorstandswahl geschritten. Als Vorsitzender wird Deichmann-Bremen für die nächste Periode einstimmig wiedergewählt.

Als 1. Kassierer wird Nieder-Welfand-Bremen, als zweiter Krohn-Bremen wiedergewählt.

Zur Wahl der Sekretäre hat die Dreizehnerkommission beschlossen, daß es dem Hamburger Beschluß entspricht, wenn ein Sortierer dem Gesamtvorstand angehört, unbeschadet dessen, ob er befristet oder nicht befristet ist.

Bezüglich der Bewerbungen ist die Kommission zu dem Beschluß gekommen, daß die tüchtigsten Kollegen in den Vorstand gewählt werden müssen; sie kam aus diesem Grunde zu dem Beschluß, dem Verbandstag vorzuschlagen, den Gauweiler Otto Benzel in den Vorstand zu wählen.

Es liegen wenig Bewerbungen vor. Die Kommission glaubt, daß die wiederkehrenden Angriffe auf den Vorstand manchem Kollegen von der Bewerbung abhält; sie bedauert daher derartige unmotivierte Angriffe, die dem gesamten Verband nachteilig sind.

Audrey-Lemgo empfiehlt den Kollegen Berg-Rehm. Daheim-Mannheim empfiehlt dagegen nochmals Benzel-Dresden.

Bei der Wahl werden die Kollegen Tiedermann mit 69, Hufnagel mit 70 und Benzel mit 44 von 73 abgegebenen Stimmen gewählt.

Berg-Rehm erhielt 24, Stolz-Dresden 3 und Käfer-Dahme 1 Stimme.

Als Vorsitzender des Ausschusses wird Kollege Eilen-
Hamburg einstimmig wiedergewählt.
Dann gelangt die gedruckte Vorlage der Statuten-
kommission zur Beratung.
Berichterstatter Dahms (Mannheim) begründet die Beschlüsse
der Kommission. Redner bittet, die Vorschläge so einknirschig an-
zunehmen, wie sie in der Kommission angenommen worden sind.
Die Darlegungen in der Generaldebatte, sowie alle Verhältnisse
und Erfahrungen des Verbandes sind bei der Kommissionsberatung
in Rücksicht gezogen worden. Redner begründet dann die einzelnen
Abänderungen eingehend. Wenn wir den Verband als Kampf-
organisation weiter ausbauen wollen, müssen Sie unseren Vor-
schlägen zustimmen, die auf sicher berechneter Grundlage stehen.
Wenn wir bald zu gesunden Zuständen kommen wollen, müssen
wir das neue Statut bald in Kraft treten lassen, daher empfehlen
wir dringend, am 1. Oktober d. J. das Statut in Kraft treten zu
lassen.

Außerdem empfiehlt der Redner folgende Resolution:
Der 18. Verbandstag möge beschließen: Die im § 9 en-
haltenen Bestimmungen bezüglich der Unterstützungskasse und der
Unterstützungsbeträge finden entsprechende Anwendung auf alle Mit-
glieder des Verbandes, die im Laufe ihres gegenwärtigen Mitglieds-
jahres Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit oder im Falle der
Krankheit, sowie Fahrgeldunterstützung bezogen haben, und zwar
in der Weise, daß

1. Diesen Mitgliedern eine 78wöchige Unterstützungsperiode
von dem Tage anzurechnen ist, für welchen sie im gegenwärtigen
Mitgliedsjahre die erste Unterstützungsbetrag bis zu der Höhe,
welche sie im § 9, Abs. 1 für die einzelnen Beitragsklassen festgelegt
sind, gezahlt werden darf.

2. Diesen Mitgliedern innerhalb dieser festgesetzten 78wöchigen
Unterstützungsperiode nur Unterstützungsbeträge bis zu der Höhe,
wie sie im § 9, Abs. 1 für die einzelnen Beitragsklassen festgelegt
sind, gezahlt werden darf.

Dann tritt der Verbandstag in die Spezialdiskussion ein.
Einstimmig werden die Anträge der Kommission unter 1, 2,
3 und 4 der Vorlage angenommen; ebenso wird Antrag 5 gegen
zwei Stimmen, Antrag 6 gegen 1 Stimme, Antrag 7 und 8 ein-
stimmig angenommen.

Zu Antrag 9 erklärt Lieberts (Köln), dieser An-
trag sei noch 50 Prozent schlechter, als der Vorschlag des Vor-
standes. Redner stellt den Antrag, die Erwerbslosenunterstützung
vom 4. Tage der Arbeitslosigkeit bei Krankheit und Arbeitslosig-
keit zu zahlen.

Stolz (Heidelberg) meint, Lieberts wolle die ganze Ge-
neraldebatte wieder aufrollen. Es handle sich um das Wahl und
Wege des Verbandes, der mehr Mittel brauche, dem aber durch den
Antrag mindestens 60.000 M. wieder entzogen werden, anstatt sie
zur Hebung des Verbandes zu verwenden. Es ist rein unmöglich,
den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird zu § 9a zur Debatte gestellt.
Antrag 9, erster Abschnitt, wird gegen 11 Stimmen ange-
nommen.

Zu § 9a wird die Debatte über den Antrag Lieberts fort-
gesetzt.

Stolz (Bremen): Lieberts stellte es so hin, als ob der
Vorstand mit seinen Vorschlägen verhandelsmäßig vorgegangen
sei. Dieser Vorwurf ist nicht berechtigt. Ich habe die Berechnungen
für die Vorschläge hier gegeben, sie haben zur Debatte gestanden.
Redner erklärt nochmals diese rechnerischen Aufstellungen. Da-
gegen würden nach Lieberts Antrag nicht nur 60.000, sondern
90.000 M. von dem abgezogen, was für den Kampffonds des Ver-
bandes genommen werden soll. Das könne nicht verantwortet
werden, wenn der Kampffonds des Verbandes gehoben werden
soll.

In der Abstimmung wird der Antrag Lieberts mit großer
Mehrheit abgelehnt.

§ 9a wird nach der Vorlage einstimmig angenommen.

§ 9b wird ebenfalls einstimmig angenommen.

§ 9c wird gegen 9 Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 10 der Kommission wird einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 11 wird einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 12 wird nach kurzer Debatte gegen 3 Stimmen
angenommen.

Antrag Nr. 13 wird einstimmig angenommen.

Antrag Nr. 14 wird gegen 5 Stimmen angenommen.

Antrag Nr. 15 wird einstimmig angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das neue Statut mit allen
gegen 6 Stimmen angenommen.

Zur Resolution unter Nr. 16 stellt Schwab (H.-Kroenbourg)
den Antrag: Ziffer 1 zu streichen.

Dahms (Mannheim) wundert sich, daß ein Kommissions-
mitglied neue Anträge stellt und warnt, diese Resolution anzu-
nehmen.

Schwab (H.-Kroenbourg): Bei der Abstimmung habe Un-
klarheit in der Kommission geherrscht.

Schmidt (Nordhausen): Die Resolution wurde mit über-
wiegender Mehrheit, beinahe einstimmig angenommen.

Kaiser (Dahme) bestreitet, daß Unklarheit in der Kommission
über die Resolution bestanden habe.

Stolz (Dresden): Schwab habe bei der Abstimmung in der
Kommission Unklarheit gezeugt.

Der Antrag Schwab wird abgelehnt, darauf Resolution
unter Nr. 16 gegen 10 Stimmen angenommen.

Antrag 17 wird einstimmig angenommen.

Profan (Dresden) hätte gewünscht, daß das Reglement
über den Arbeitsnachweis noch zur Sprache gekommen wäre.

Deichmann (Bremen) erklärt, daß mit diesem Reglement
erst ein Versuch gemacht werde.

Die Beratungen sind damit beendet.

Der Vorsitzende Deichmann widmet der Tätigkeit der
Lokalkommission und allen Kollegen und Genossen Heidelbergs und
Umgebung Worte des Dankes für die Bemühungen, die sie für den
Verbandstag aufgewendet haben.

Schwer war die Arbeit des Verbandstages nur deshalb, weil
die Situation in der Tabakindustrie eine schwere, bedrückende ist.

Somit würde man sich noch leichter geeinigt haben. Die Beratungen
ergaben die Überzeugung, daß etwas geschehen mußte, um den
Verband für kommende Kämpfe zu stärken. Wir werden in der
Überzeugung, das Beste gewollt und getan zu haben, noch gern
an diesen Verbandstag zurückdenken. Wenn es nun gilt, die Kol-
legen allerwärts davon zu überzeugen, so müssen wir sie gründlich
über diese Reorganisation aufklären, dann werden sie mit uns er-
kennen, daß wir Aussicht haben, eine kräftigere, festgefügte Dr-
ganisation zu bekommen.

Mit einem dreifachen Hoch wird darauf der Verbandstag ge-
schlossen.

Rundschau.

Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschiffe.
Eine Sonderbeilage zum Juliheft des „Reichs-
Arbeitsblattes“ behandelt die Rechtsberatung der
minderbemittelten Volksschiffe im Jahre 1912. Die Stati-
stik wird alle drei Jahre in erweitertem Umfange auf-
genommen, in den beiden Zwischenjahren werden nur die
Zahlen und Auskünfte und Schriftsätze veröffentlicht. Die
Erhebung ergibt eine starke Zunahme der Rechtsberatung;
es haben im ganzen 916 Auskunftsstellen berichtet gegen
872 im Vorjahre; von diesen wurden im Berichtsjahre
1.841.364 Auskünfte erteilt und 488.028 Schriftsätze an-
gefertigt gegen 1.717.892 Auskünfte und 439.781 Schrift-
sätze im Vorjahre. Neben den gemeindlichen und staatlichen
Rechtsauskunftsstellen, denen von gemeinnützigen Vereini-
gungen, den Frauen-Rechtsauskunftsstellen, denen von
Arbeitnehmern und Arbeitgeber, den Konfessionsstellen und
denen von politischen Vereinigungen sind erstmalig die
Rechtsberatungsstellen der Verbände von Privat-
angestellten berücksichtigt; auch die Rechtsberatung der
ländlichen Bevölkerung ist behandelt.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Von der sozial-
demokratischen Gemeinderatsmehrheit in Gera ist eine
erweiterte Sonntagsruhe für das Han-
delsgewerbe beschlossen und nun auch ministeriell be-
stätigt worden. Nach dem Gesetz dürfen Gehilfen, Lehr-
linge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und
Feiertagen nicht beschäftigt werden. Als Ausnahmen
werden zugelassen: a) die Beschäftigung von Handelsange-
stellten aller Art im Großhandel, der Industrie, der Bank,
Spekulations- und Agentengeschäfte, der Baugeschäfte usw.
an 8 Sonn- und Feiertagen, b) in den offenen Verkaufsstellen
des Kleinhandels an 6 Sonn- und Feiertagen und
an den 3 letzten Sonntagen vor Weihnachten. Bei a) ist
über die 8 Sonntage eine Liste zu führen, und an sichtbarer
Stelle aufzuhängen; bei b) werden die betreffenden Tage
nach Beschluß der Gewerbetreibenden durch den Stadtrat fest-
gesetzt. Auch für den Geschäftsbetrieb der Metzger, Bäcker
und Konditoren ist eine Einschränkung der Verkaufszeit
auf einige Tagesstunden festgelegt worden.

Um Zollermäßigung auf Vieh bittet der Magistrat
von Nürnberg in einer Eingabe die Staats- und
Reichsregierung angesichts der Steigerung der Viehpreise.
Die vollständige Befreiung der ungeheuren Bölle auf
Nahrungsmittel getraut sich der freisinnige Magistrat von
Nürnberg freilich nicht zu fordern.

Berichtigung.

Im Verbandsratsbericht in voriger Nummer des Tabak-
Arbeiter ist nicht erwähnt, daß auch Kollege Stahlsmeier
Mitglied in die Statutenkommission gewählt wurde. — Kol-
lege Selpien (Samburg) wünscht festgestellt zu sehen, daß er in
seiner ersten Rede gelogt hat. Die Informationschrift habe durch
die Hamburger Beschlüsse als aufgehoben zu gelten. Der Bericht
läßt den Redner das Gegenteil sagen.

Wir bitten, von diesen Berichtigungen Notiz nehmen zu
mollen.

Bewegungen im Beruf.

Bremen und Umg. Infolge einer bei der Firma
Hanseatische Tabak- und Zigarrenfabrik,
Inh. S. A. Stöver, eingeleiteten Lohnbewegung ge-
lang es, die Löhne der Zigarrenmacher pro Mille um
50 % bei 6 Sorten und um 1 % bei 2 Sorten zu erhöhen.
Ebenso erhöhte auch die Firma Aug. Hammerlag
(Hemelingen) die Löhne der Zigarrenmacher bei 8 Sorten
Bastarbeiten. Die Lohnerhöhungen betragen 50 % pro
Mille.

Frankfurt a. M. Die Bewegung der Zigarettenarbei-
ter bei der Firma „Salini“, Inh. A. & E. Siegel, ist
beendet. Die Firma erklärte sich bereit, einen Minimal-
lohn für runde Zigaretten in Höhe von 3,25 M. bei Diese-
rung fertiger Hüllen zu zahlen. Die hierbei bewilligten
Lohnzulagen betragen 25 bis 50 % pro Mille und die
nunmehr festgesetzten Löhne 3,25 bis 4 M. pro Mille. Für

Überstunden wird ein Lohnzuschlag von 25 % pro
Stunde gezahlt. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf
55 1/2 Stunden festgesetzt. Mit der Firma wurde ein Tarif-
vertrag abgeschlossen.

Weiskens. Zu der Bewegung bei der Firma C.
Normann ist noch nachzutragen, daß auch die Forde-
rungen der Zigarrensortiererinnen bewilligt worden sind.
Die gemachten Lohnzulagen betragen für 3 Verpacken bei
Zehntel 10 %, bei Zwanzigstel 15 % und bei Vierzigstel
25 % pro Mille.

Ladenburg. Die Bewegung bei der Firma G. & B.
erschendete mit einem teilweisen Erfolge. Die Firma
erhöht die Löhne der Zigarrenarbeiter pro Mille um 20 %
bei 41 Sorten und um 30 % bei 3 Sorten. Der Lohn der
Abriperinnen wurde um 1 % pro Pfund erhöht. An
dieser Bewegung nahmen auch Mitglieder des Gewerke-
vereins der Tabakarbeiter (Hirsch-Dunder) teil.

Stadtlöbendorf und Umg. Der Streik bei den Firmen
W. B. Müller in Stadtlöbendorf und W. Kuhl-
mann, Inh. A. Krause, in Merzhausen, dauert fort.
Der Zugzug wird streng gewarnt.

Perthel i. Westf. Der Abwehrstreik bei der Firma
Joh. A. Meier dauert fort. Der Zugzug wird
streng gewarnt.

Mühlhausen i. Thür. Bei der Firma Franz Tie-
bel bestehen Differenzen. Die Firma will die vereinbar-
ten Löhne nicht mehr zahlen. Der Zugzug ist fernzuhalten.

Hamburg-Altona. Noch immer herrscht in Hamburg
und Umgebung große Arbeitslosigkeit, weshalb vor Zugzug
streng gewarnt wird.

Berichte.

Dresden. Eine Sektionsversammlung der Zigarettenbranche
lagte kürzlich im Oppeller Schloßbräu. Tagesordnung war:
1. Vortrag des Kollegen Krüner über das Thema: Welchen Einfluß
haben die Organisationen auf die Bekämpfung der Lohn- und Arbeits-
verhältnisse; 2. Wahl einer Delegation zu der Gantkonferenz; 3. Ver-
schiedenenes. Zum 1. Punkte der Tagesordnung führte Redner aus,
nachdem er kurz auf die Entwidlung der Organisationen ein-
gegangen war, daß überall dort, wo die Arbeiter proportional gut
organisiert sind, auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse als einiger-
maßen gut bezeichnet werden können. Redner zog einen Vergleich
zwischen den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im Buchdruck- und
Tabakgewerbe, um zu zeigen, daß tatsächlich nur die Macht der
Organisation es ist, welche in der Lage ist, bessere Verhältnisse zu
schaffen. Gauleiter Clement ergänzte die Ausführungen unter Be-
zugnahme auf die Verhältnisse bei der Firma Gebr. Halpous. Zum
2. Punkt wurde die Angelegenheit der Delegation zur Gantkonferenz
gemacht. Unter Verschiedenem kamen noch einige interne An-
gelegenheiten der Fabrik Gebr. Halpous zur Sprache. Leider war
die Versammlung nicht gut besucht.

Mannheim. Versammlung vom 10. August. Tagesordnung:
1. Abrechnung und Quartalsbericht; 2. Bericht vom Verbandstag;
3. Vertreterwahlen zur Gantkonferenz und 4. Verschiedenes. Dahms
gibt die Quartalsabrechnung bekannt, die bei einem Kassenstand
von 246,34 M. in der Kasse mit einer Einnahme und Ausgabe
von je 2226,09 M. abschließt. Die Kasse hatte bei einem Kassen-
stand von 48,60 M. eine Einnahme und Ausgabe von je 804 M.
zu verzeichnen. Dann berichtet Redner über die im verflochtenen
Quartal enstaltete Tätigkeit bezüglich Organisation und Agitation
und unterzieht die einzelnen Vorkommenisse einer Betrachtung. Den
Bericht vom Verbandstag erstattet Dahms. Derselbe bespricht in
eingehender Weise die Tätigkeit und die Beschlüsse des Verband-
tages. Am Schluß seiner Ausführungen erklärt Redner, daß das
nunmehr angenommene neue Statut eine Notwendigkeit war, wenn
man wirklich aus dem Verband eine Kampforganisation machen
wollte. Der Vorsitzende Dörrer bemerkt, daß man sich mit der
Tätigkeit und den Beschlüssen des Verbandstages wohl einverstanden
erklären könne. Es stand für jedes einsichtige Mitglied von vorn-
herein fest, daß der Verbandstag nicht anders handeln würde, wenn
er seinen Zweck erfüllen sollte. Gauleiter Stolz bespricht die ge-
macht Beschlüsse im Hinblick auf die kommenden Kämpfe in der
Tabakindustrie. Redner fordert die Versammlung auf, alles daran
zu setzen, um nun auch unsere Organisation bezüglich der Mit-
gliederzahl so zu festigen und zu stärken, daß sie allen Kämpfen
ruhig entgegengehen könne. Die Versammlung erklärte sich mit den
Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Dann berichtete Gau-
leiter Stolz kurz über die am 31. August in Mannheim statt-
findende Gantkonferenz. Als Delegierte hierzu wurden Dahms
und Schreiber bestimmt.

Gau Heidelberg.

Sonntag, den 31. August, vormittags 10 Uhr, in Mannheim,
im Gewerkschaftshaus F. 5.

Gaukonferenz.

Tagesordnung:
1. Unser neues Statut. Referent: Verbandssekretär
Riedemann-Bremen.
2. Die fernere Agitation. Referent: Gauleiter Stad-
Heidelberg.
Alle Zählstellen müssen vertreten sein und wählen Zahl-
stellen bis 250 Mitglieder einen und darüber zwei Delegierte.
Die Gantkonferenz: Stad.

LISTE
ÜBER GEBRAUCHTE
WICKEL-
FORMEN

204

ERHALTEN SIE KOSTENLOS
DURCH
L. COHN & CO.
BERLIN
24 BRUNNENSTR. 24

Rohrtafakgeschäft Otto Brandes

BREMEN, Westertstraße 96
Billige Bezugsquelle für sämtliche Tabake zur Zi-
garrenfabrikation. Ein Versuch führt zu dauernder
Kundschaft. Versand nur per Nachnahme.

Gelesen
Tabak-Arbeiter

haben ein ganz vorzügliches
Agitationsmittel, aus diesem
Grunde gebe man sie stets
an unorganisierte Kollegen
weiter.

Rohrtafak-Handlung
Hengloss & Maak
Altona-Ottensen

Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25]

Druckfachen Schmalfeldt & Co., Bremen.

= aller Art liefert schnell und billig =

Würde das Prinzip der Strafaussetzung nicht nur auf Jugendliche angewendet, so dürfte die Gefängnisse ganz erheblich entleert werden.

Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit. In der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. brachte am 29. Juli die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation ein, welche Vorbereitungen der Magistrat getroffen habe, um den Folgen der Arbeitslosigkeit, die schon eingetreten sei, und nach allen Anzeichen noch große Steigerung erfahren werde, zu begegnen. Gen. Graf betonte in der Begründung, die Arbeitslosigkeit sei eben in Frankfurt viel stärker, als in früheren Jahren um dieselbe Zeit. Die Mitgliederzahl der Krankenkassen sei seit Anfang Mai um 8000 bis 4000 zurückgegangen, während sie sonst in diesen Zeiten steige. Die Stadt müsse sofort Vorkehrungen treffen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Auch müsse die Stadt die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ins Auge fassen, denn bis der Staat die Arbeitslosenversicherung einführe, werde es noch lange dauern. — Bürgermeister Luppe erwiderte, der Magistrat habe sich schon mit der Frage der Arbeitslosigkeit und wie sie gemildert werden könne, beschäftigt. Nach den Feststellungen der Arbeitsvermittlungstelle sei die Arbeitslosigkeit in Frankfurt ja noch nicht so stark wie beispielsweise in Bayern. Der Magistrat werde sich schleunigst schäftig machen, welche größere Arbeiten jetzt schon in Angriff genommen werden könnten. Die regelmäßigen Pflichten der Arbeiter seien bereits vorbereitet. Dem Magistrat wäre es sehr angenehm, wenn die Gewerkschaften Zahlen über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder mitteilen würden. — Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Es ist wohl anzunehmen, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bald entsprechende Vorlagen unterbreiten wird.

Eine ungeheuerliche Boykottverfügung. Das Kartell der freien Gewerkschaften hatte über die Produkte der Mühlenfirma Leyh & Siegmann (Eckstein) den Boykott verhängt. In der „Rheinischen Zeitung“ wurden die Namen der Wädereinhäber veröffentlicht, die trotzdem von der boykottierten Firma das Mehl weiter bezogen. Die Arbeiter und Hausfrauen wurden ersucht, diese Wädereien zu meiden. Die Mühlenfirma strengte eine Klage auf Unterlassung dieser Veröffentlichungen an und erwirkte soeben vom Landgericht eine einstweilige Verfügung, wonach 1. dem Kartell der freien Gewerkschaften, 2. dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und 3. den Inhabern der Firma Glöckner (Verlag der „Rheinischen Zeitung“) bei einer Strafe von 300 M für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde: 1. in irgend welchen Veröffentlichungen, 2. im Zusammenhang oder Hinweis auf den über die Produkte der Antragstellerin verhängten Boykott die Namen von direkten oder indirekten Abnehmern oder Verbrauchern ihrer Produkte zu veröffentlichen, 3. das Publikum zur Unterlassung von Bezügen ihrer Produkte aufzufordern, 4. jeden Boykottpostendienst, insoweit als dadurch oder dabei eine Einwirkung auf etwaige Abnehmer oder Verbraucher der Antragstellerin sowie auf das Publikum überhaupt erfolgt. Die Firma will jetzt eine umfangreiche Schadenersatzklage einreichen und außerdem versuchen, den Boykott wegen Verstoßes gegen die guten Sitten überhaupt zu unterdrücken. Die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft ist bereits erfolgt, und am Mittwoch wurden sämtliche Wädereinhäber des Bezirks Köln aufgefordert, die nachweisbaren Schädigungen, die sie durch den Boykott gehabt haben, der Mühlenfirma mitzuteilen.

Erhebungen über den Geburtenrückgang. Das preussische Ministerium des Innern will die Ursachen des Geburtenrückganges „eindeutiger“ feststellen. Es werden daher Kundfragen bei Ärzten, Geistlichen und Lehrern über die Ursachen des Geburtenrückganges veranstaltet. Angenommen wird, daß der Geburtenrückgang nicht ein organischer ist, sondern teilweise durch Antikonzeptionsmittel verursacht wird. Auch über die Bevölkerungsklassen, unter denen hauptsächlich der Geburtenrückgang festgestellt wurde, sollen Erhebungen veranstaltet werden, da nach den bisherigen Feststellungen unter der Arbeiterbevölkerung die Anzahl der Geburten nicht nachgelassen hat. Das Mittelmittel wird dann wohl wieder in Strafbestimmungen gefunden werden, anstatt die sozialen Verhältnisse zu bessern.

Berichte.

Kaiserslautern. Am Sonnabend, dem 19. Juli, fand im Thüringer Hof eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle mit folgender Tagesordnung statt: 1. Berlesen des Protokolls; 2. Abrechnung vom 2. Quartal; 3. Volksfürsorge; 4. Verschiedenes. Punkt 1. konnte, da der Schriftführer nicht anwesend, nicht erledigt werden. Unter Punkt 2. wurde die Abrechnung vom 1. Bez. berlesen und von den Revisoren für richtig befunden, worauf dem Kassierer volle Entlastung erteilt wurde. 3. Als Vertrauensmann für die Volksfürsorge war Mitglied Albert Paul gewählt worden, welcher sein Amt niederlegt. Als Ersatz für denselben werden die Mitglieder Hermann Eichfeld und Konrad vorgeschlagen; letzterer wurde gewählt. Unter Verschiedenem kam zur Sprache, daß bei den Tariffirmen immer noch unorganisierte Arbeiterinnen beschäftigt werden, diese Arbeiterinnen sollen aufgefordert werden, doch endlich in den Verband einzutreten, oder die Zählstelle wird die weiteren Schritte einleiten. Am Schluß wurde über die schlecht besuchten Versammlungen gesprochen. Es ist doch wirklich kein schönes Bild, wenn ein Drittel der organisierten Kollegen in den Versammlungen erscheinen und die anderen interesselos von denselben wegbleiben. Kollegen, denkt an eure Lage, denkt nicht, es wäre schon alles geschafft, geht einmütig in eure Versammlung, agitiert für den Verband, dann kann auch wieder ein Schritt vorwärts gegangen werden. **Bremen.** Am Montag, dem 28. Juli, fand hier im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913; 2. Kartellbericht; 3. Wahl eines Revisors; 4. Verschiedenes. Nach Berlesen des Protokolls wurde die Abrechnung vom Kassierer verlesen und von den Revisoren bestätigt. Für seine Tätigkeit wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende leitete die Versammlung, das Sekretat der Delegiertenwahl mit und spricht sein Bedauern darüber aus, daß sich die Mitglieder nur mit 10 Prozent an der Wahl beteiligt haben. Des weiteren berichtet er über die letzte Kartellprüfung, in der die Gewerkschaftshausfrage besprochen wurde, insbesondere wies er auf die Sparkasse des Gewerkschaftshauses hin, in der im Monat Juli

42 000 M. angelegt wurden. Er betonte dabei, daß die Tabakarbeiter nicht in die glückliche Lage kommen werden, bei ihrenöhnen Gelder auf die Sparkasse zu schaffen. Das Kartell spricht ferner den Wunsch aus, Beschwerden der Gewerkschaften und Sportvereine an die Totalkommission zu überweisen. Wegen schwachen Besuchs der Versammlung beantragt Kollege Niever, den Punkt 3 der Tagesordnung auf eine der nächsten Versammlungen zu verlegen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Kartellprüfung des 12. Quartals wurde auf den 14. September d. J. festgelegt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht über die Beschlüsse der Generalversammlung; 2. Wie befehlen wir zukünftig unsere Agitation; 3. Arbeitsnachweis; 4. Verschiedenes. Eine lebhaft Debatte wurde über die Delegiertenprüfung geführt. Empfohlen wurde den Mitgliedern, sich zahlreich an dem Wahlbeteiligung der Fabrikarbeiter zu beteiligen.

Bernierode. Versammlung am 28. Juli. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Kartellbericht; 3. Verschiedenes. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 1432,38 M, die Ausgaben betragen 1357,31 M; mithin ein Bestand von 75,05 M. Die Zählstelle hatte eine Einnahme von 308,02 M, die Ausgaben waren 138,78 M; blieb ein Bestand von 269,24 M. Auf Antrag wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Kartellbericht gab der Kollege Großhennig in klarer, ausführlicher Weise. Unter Verschiedenem rügt Kollege Dujong die schwache Beteiligung am hiesigen Gewerkschaftsfest. Nachdem ein Antrag betreffs Unterstützung der ausgebeuteten, arbeitslosen Kollegen aus der Zählstelle hier am Orte, angenommen wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Wittenberg. Am 2. August tagte unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Wahl eines Delegierten zur Gaunkonferenz; 3. Kartellbericht; 4. Inneres. Die Abrechnung gab Kollege Nechel. Die Einnahme betrug einschließlich des Bestandes vom 1. Quartal 361,00 M; an Ausgabe war zu verzeichnen 248,09 M, so daß ein Barbestand von 112,91 M der Kasse verbleibt. Die Bücher und Belege sind von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, und wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Delegierter zu der am 17. August stattfindenden Gaunkonferenz wird Kollege Paul Wittenberg gewählt. Den Kartellbericht gibt Kollege Scherer. Er gibt den Versammelten die Beschlüsse des Kartells über die Hilfsfürsorge bekannt und erläutert dieselben in eingehender Weise. Er teilt ferner mit, daß am 24. August das Gewerkschaftsfest stattfindet, doch hat die hierzu vom Kartell gewählte Kommission Beschlüsse über das Arrangement des Festes noch nicht bekannt gegeben. Er ermahnt, daß alle Kollegen sich an diesem Feste beteiligen. Unter Innerem liegt ein Antrag vor, der die Abhaltung eines Herbstvergleichens fordert. Es entspinnt sich über diesen Antrag eine rege Diskussion, in deren Verlauf der Antrag zur nächsten Versammlung zurückgestellt wird. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig läßt. Dieses möge für künftige Besuche von den Kollegen beachtet werden. Ihnen liegt auch die Pflicht ob, sich in den Versammlungen sehen zu lassen. Nicht nur zahlende Mitglieder wollen wir sein, sondern Mitglieder, die sich stets mit den Geschäften und Angelegenheiten des Verbandes beschäftigen. Auch sei den Kollegen ans Herz gelegt, sich pünktlich zur Versammlung zu begeben, und nicht erst zu erscheinen, wenn die pünktlichen Kollegen schon Lust verspüren, wieder nach Hause zu gehen.

Wittenberg i. B. Mitgliederversammlung am 9. August. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Bericht vom Verbandsrat; 3. Wahl von zwei Vertretern zur Gaunkonferenz; 4. Einnahme; 5. Stellungnahme zur Arbeiterjugend; 6. Verschiedenes. Die Abrechnung verliest Kollege Boermann. An Beiträgen wurden 2520 M. eingenommen. Vorausgabte wurde für Arbeitslosenunterstützung 2508,10 M, Krankenunterstützung 322,50 M, sonstige Ausgaben 248,38 M. Die Einnahmen der Zählstelle betrugen insg. Bestand 1794,16 M, die Ausgaben 820,96 M. Von diesen Ausgaben wurden 439 M für Arbeitslosenunterstützung auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Den Bericht vom Verbandsrat erstattete Kollege Schömann und leitete in verständnisvollen Worten die einzelnen Beschlüsse auseinander. (Von einer Weitergabe des Berichts können wir hier Abstand nehmen, da an anderer Stelle ausführlich über den Verbandsrat berichtet wird.) Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute hier tagende Mitgliederversammlung ist nach Anhörung des Delegierten mit den Beschlüssen des Heidelberger Verbandstages einverstanden und begrüßt es, daß der Heidelberger Verbandstag diese Reorganisation getroffen hat und dadurch die Aktionsfähigkeit des Verbandes erhöht wird.“ Zur Gaunkonferenz wurden der 1. und 2. Bevollmächtigte delegiert. Das im Frühjahr veranlagte Stillschließen, welches anlässlich des 25jährigen Bestehens der Zählstelle gefeiert werden sollte, wird auf Vorschlag der Verwaltung wegen der schlechten Lage im Gewerbe abermals verlagert. Für die Arbeiterjugend wurden aus Mitteln der Zählstelle 30 M bewilligt. Die Mitglieder werden ersucht, ihre der Schule entlassenen Angehörigen der Arbeiterjugend zuzuführen.

Freiburg i. B. Hier tagte am 9. August eine Versammlung der Zählstelle, deren Besuch leider zu wünschen übrig ließ. Wenn man bedenkt, wie gedrückt die Verhältnisse in der Tabakindustrie unserer Gegend sind, so dürfte doch angenommen sein, daß in Zukunft der Sache mehr Interesse entgegengebracht wird. Auch dürfte von Seiten des 1. Bevollmächtigten, wie es die ganze Versammlung wünschte, für die Zukunft etwas mehr Aufwand und Verständnis in der Versammlung an den Tag gelegt werden, das wurde von verschiedenen Kollegen zum Ausdruck gebracht. Auch sollen die Mitglieder ihre Bücher zum Abrechnen und Kontrollieren mitbringen. Kollege Böckle wurde als Delegierter zur Gaunkonferenz gewählt. Im Verschiedenen wurde von Kollegen Böckle mitgeteilt, daß er einer Einladung zufolge in der Kartellversammlung anwesend war und der Zählstelle empfiel, sich dem hiesigen Gewerkschaftskartell anzuschließen. Die Kollegen Ziebold, Schuster, Zell und Oswald sprachen sich dahin aus, den Punkt Anschließung an das Gewerkschaftskartell mit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Es folgten noch einige Auseinandersetzungen. Als moralische Pflicht der hiesigen Kollegschaft soll es gelten, in der nächsten Zeit die ganze Kraft daran zu setzen, den Verband zu stärken und kollegialische Disziplin zu wahren. Einigkeit macht stark! — Es tue jeder seine Pflicht!

Briefkasten der Redaktion.

Zeppenlee-Neubauer: Nur zu einer kurzen tatsächlichen Berichtigung gebe ich Dir Raum. Im übrigen hast Du ja in der Mitgliederversammlung Gelegenheit, die Meinungen des B. zu bezeichnen, so daß im Bericht kurz Deine Meinung zum Ausdruck kommen kann. Mit der Eingekamterei alten Stils ist jetzt Schluss.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dehmann, Vorsitzender, Bremen, Rautenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Rautenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Selbst, Einschreib- und Wertsendungen nur an B. Nieber, Bremen, Rautenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048, bei der Bankeinführung der Gewerkschaft-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Briefkasten Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Rautenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kienast, Bremen, Rautenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Käten, Altona-Ötten, Friedeburgallee 46 I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich es des Mitglied Otto Schönbach aus Sangerhausen, S II 18241, Nr. 3, eingetr. 23. 8.

1912, befindet, werden ersucht, dessen Adresse an den Vorstand zu senden. (S. B. u. B.)

Nis verloren wurde gemeldet: Das Mitgliedsbuch, lautend auf Heinrich Bierwirth aus Nollthelm, geb. 12. 12. 1876, S II, Nr. 67826, eingetr. 5. 1. 1913. Im Vorzeigungsfall ist das Buch zu konstatieren und an den Vorstand zu senden. (S. B. 1908/1.)

Der Vorstand. Abrechnungen vom 2. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 2. bis 11. August 1913: 2. Gau, Braunschweig: Dessau, Bernrode. 4. Gau, Gersford: Döhlen. 10. Gau, Gersford: Gersford. 11. Gau, Dresden: Großenhain, Groß-Schön. 12. Gau, Dresden: Bismarck. 13. Gau, Berlin: Sorau, Wusterhausen, Cöstrin, Seiftenberg.

Vom Vorstande sind ernannt:

Burg b. Magdeburg: Eilse Mann als Rev. Burgau: Heinrich Walter als 2. Rev. Großheere: Oust. Ludwig 1., Aug. Ludwig 2., H. Linnes als 3. Rev. W. Reule, Jr. Linnes als Rev. Bregenzau: Rich. Menge, Karl Werth als Rev. Weihenfeld: Ernst Sprenger als 2. Rev. Froburg: Martin Karthe 1., Moritz Schubert 2., Paul Mönch 3. Rev. Herm. Schlichter, Jos. Gissen als Rev.

Abrechnungsänderungen.

Eisenberg (10): Alle für die Zählstelle Eisenberg S. N. bestimmten Zuschriften und Sendungen sind bis auf weiteres an Herrn. Votendorf, Hartmannsdorf, S. N., bei Gersford, zu richten. Bismarck (12): Der 2. Rev. Heinrich Walter wohnt Markt 2. Großheere (2): Alle die Zählstelle Großheere betreffenden Zuschriften sind an den 1. Rev. Gustav Ludwig zu richten. Weihenfeld (1): Der 1. Rev. Herrn. Reischl wohnt Eulitz, 5 a. Wittenberge (13): Der 1. Rev. Aug. Bergmann wohnt Herrenwiesener, 1. Burgheinfurt: Alle Zuschriften sind an Herrn. Rehorst, Nottorfeldmarkt Nr. 1, zu senden. Weihenfeld (10): Der 2. Rev. Ernst Sprenger wohnt Uhlendstr. 6. Rehe (4): Der 2. Rev. Arnold Albersmeyer wohnt Rehe 504.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A. L. = Arbeitslosen-Unterstützung, K. L. = Kranken-Unterstützung. Großheere: A. L. wird an fremde Mitglieder nicht ausgezahlt. Das Auslassen von der Kasse ist verboten. Soest: A. L. wird ausgezahlt bei E. Dahlhoff (Wahlhaus zum Unter) von 7-8 Uhr abends. Weihenfeld: A. u. K. L. bei Ernst Sprenger, Uhlendstr. 6.

Vom 4. bis 11. August 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

30. Juli: Dresden B. 300.—, 31. Juli: Hamburg B. 150.—, Straßburg B. 100.—, Glad B. 65.—, Lüden B. 50.—, Sommerfeld B. 50.—, Hildesheim B. 70.—, 1. August: Berlin B. 300.—, Wittenberg B. 80.—, 2. August: Klein-Mischen B. 100.—, Döhlen B. 100.—, Nordhausen B. 1000.—, Döhlen B. 150.—, 3. August: Mülchen B. 60.—, Schwebel B. 200.—, 4. August: Garmen B. 60.—, Teichern B. 45.—, Zunsweier B. 40.—, 5. August: Weihenfeld B. 80.—, Sorau B. 60.—, Bernrode B. 80.—, Potsdam B. 100.—, 6. August: Bernau B. 100.—, Burgau B. 78,47, Seiftenberg B. 30.—, Leipzig B. 150.—, Bismarck d. H. Bismarck d. H. Spreng B. 50.—, Dresden B. 180.—, Döhlen B. 50.—, Waldheim B. 50.—, Geringwalde B. 40.—, Garmen B. 80.—, Verden B. 100.—, Neuhaus B. 30.—, Burgau B. 70.—, Garmen B. 60.—.

Berichtigung: In Nr. 31 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 11. Juli heißen: Danzig 4,10 M, statt 40,10 M. In Nr. 32 muß es unterm 27. Juli heißen: Exleben 110 M, statt 40 M. Bremen, den 11. August 1913.

B. Nieder-Welland, Kassierer.

Statistik

für das Kaiserliche Statistische Amt.

An die Gauleiter! Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können. Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gaues über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einreichung der Angaben anzuhelfen. Von folgenden Zählstellen ging für den Monat Juli keine Angabe ein:

Stolz i. P., Lützen, Frankenstein, Greifenberg, Grünberg, Appeln, Birnkamm, Merseburg, Naumburg, Cöthen, Gebeke, Egeberg, Kellinghusen, Altenbruch, Stansal, Langwedel, Münchhof, Bremerhaven, Noll, Kirchhagen, Penzingshausen, Albedorf i. M., Ostlitz, Schwaningdorf, Werthe, Nachen, Emmerich, Reimig, Nienstedt, Oberhausen, Freier, Lützenburg, Kreuznach, Altmorschen, Schwelge, Helmshausen, Langenselbold, Nüdingen, Unterleben, Bienenbach, Hess.-Lichtenau, Ansbach, München, Würzburg, Alzenau, Döhlen, Eiben, Großenhain, Gr.-Schönau, Froburg, Jena, Meuselwitz, Kreuzburg, Lobenstein, Walldorf a. d. Werra, Riebelbach, Schönaich, Stutgart, Neuzingen, Heideberg, Seiden, Dörlingen, Offenbach, Philippsburg, Zunsweier, Garmen, Garmen, Garmen.

Mitglieder-Versammlungen.

Zeigt den gewohnheitsmäßigen Versammlungsführern, wo ihr sie trifft, auf's Druk und sagt ihnen, was sie zu tun haben! Sonnabend, den 16. August:

Niederbessen: Ab. 8, bei Heule. Rehe: Ab. 9, bei Köble. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat; Kartellbericht; Verschiedenes. Motho: Ab. 8½, bei Teigeler. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat; Wahl zur Gaunkonferenz; Verschiedenes. Sonntag, den 17. August:

Selsen: Nachm. 4. T.-D.: Abrechnung; Wahl eines 1. Bevollmächtigten; Verschiedenes. Montag, den 19. August: Altm: Ab. 8½, bei Risse. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat. Freiberg: Ab. 8½, Union. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat. Freiberg: Sektion der Sortierer: Ab. 8½, Brauerei. Restaurant vom Müller. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat. Solzhau: Ab. 8½, bei D. Hundertmark. T.-D.: Abrechnung; Wahl zur Gaunkonferenz. Lemgo: Ab. 8½, bei Schöder. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat. Bernierode: Volkskassen. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat; Wahl zur Gaunkonferenz; Verschiedenes.

Freitag, den 22. August: Berlin: Ab. 8½, Müllerskass. Kaiser-Wilhelmstr. 18 m. gr. Saal. T.-D.: Abrechnung; Bericht vom Verbandsrat; Bericht von der Gaunkonferenz; Verschiedenes. Sonnabend, den 23. August: Seidenhausen: Ab. 9, bei Wehmeyer. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat. Riebelbach: Ab. 8½, Schwarzwälder Hof. T.-D.: Bericht vom Verbandsrat.

Gestorben:

Am 7. August zu Kreisch Emil Winter aus Kreisch, 79 Jahre alt. Am 10. August zu Altm Wilhelm Thiele aus Göttingen, 66 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

